

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

200 (30.8.1932)

Volkstfreund



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE MTTTELBADENS

Unter wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvol, Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Nummer 200 Karlsruhe, Dienstag, den 30. August 1932 52. Jahrgang

Heute Reichstagsbeginn

Papens Abenteuer-Kede in Münster - Die Besprechungen in Neudeck - Die Verhandlungen Zentrum-Nazis

Am heutigen Dienstag tritt der neugewählte Reichstag zu einer ersten Sitzung zusammen. Sie bezieht sich auf die überaus großen Interessen. Nicht nur die Spannung, die durch den drohenden Konflikt zwischen dem Reichstag und der Reichsregierung entstanden ist, hat dieses starke Interesse an den Verhandlungen hervorgerufen. Vor allem interessiert auch die Frage, ob dieser Reichstag überhaupt arbeitsfähig ist und ob nicht bereits seine erste Sitzung mit Unfällen angefüllt sein wird, die den Gegnern des Parlaments einen bequemen Vorwand zu seiner Ausgattung liefern.

Beschlüssen dieser Art bestehen vor allem wegen der Ausübung des Amtes des Alterspräsidenten durch die kommunistische Abgeordnete Frau Clara Zetkin. Zwar hat der Wähler Beobachter noch am Montag gedroht, wer widerspruchslos zuließe, daß Clara Zetkin den Vorsitz bei der Eröffnung des Reichstags führe, der macht sich der gleichen vaterlandslosen Gefinnung bedient, wie diese Moskauer Agentin. Zimmerlin scheint bei der Reichstagsaktion der Nationalsozialisten eine weitaus mildere Auffassung zu besitzen. Jedenfalls haben ihre Unterhändler dem Zentrum versichert, daß sie nicht die Absicht haben, Frau Zetkin an der Ausübung ihres Amtes zu hindern. Da auch aus kommunistischen Kreisen verlautet, daß man nichts tun werde, was den Reichstag arbeitsunfähig machen und zu seiner Ausgattung führen könne, so besteht vorläufig die Hoffnung, daß die Eröffnungssitzung des Reichstags wesentlich ruhiger verläuft, als man bisher angenommen hat.

Dazu dürften die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten über die Regierungsbildung im Reich und in Preußen und über die Präsidentschaftswahl zum Reichstag wesentlich beitragen. Das Zentrum ist fest entschlossen, den Nationalsozialisten als der stärksten Fraktion den Posten des Präsidenten zu übertragen, so daß die Wahl eines Nationalsozialisten als sicher betrachtet werden muß. Ob dafür der Abgeordnete Stöber, der bereits im vorigen Reichstag Vizepräsident war, in Betracht kommt oder ein anderer, wird von der nationalsozialistischen Fraktion am Dienstag endgültig bestimmt werden. Die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zur Präsidentschaftswahl wird in der am Dienstag vormittag stattfindenden Fraktionsberatung beschlossen werden. Wahrscheinlich ist, daß die Sozialdemokraten auch bei der Wahl des Präsidenten trotz der Haltung des Zentrums für einen eigenen Kandidaten, nämlich Loh, eintreten. Er wird auch ihr Kandidat für den Posten des ersten Vizepräsidenten sein. Seine Wahl hängt jedoch davon ab, ob Zentrum und Kommunisten sie unterstützen.

Die Wahl des Präsidenten soll nicht wie in früheren Jahren am Tag nach der Eröffnung des Reichstags, sondern bereits am Dienstag vorgenommen werden. Man beabsichtigt, dem Reichspräsidenten die Wahl des Präsidiums des Reichstags telegraphisch mitzuteilen und hofft, daß die schnelle Konstituierung des Reichstags mit dazu beitragen wird, die Abfassung der Regierung Papen auf beschleunigte Weise zu beschleunigen. Gelingt die Wahl des Präsidiums in der ersten Sitzung des Reichstags, so wird auf Antrag des Zentrums mit Rücksicht auf den Katholikentag in Essen sofort Vertagung bis Anfang nächster Woche erfolgen.

Papen und Hitler

Der Reichstagsleiter hat am Montag vor seiner Abreise nach Neudeck in einer Unterredung mit Hitler nochmals den Versuch gemacht, die Nationalsozialisten für seine Regierung zu interessieren. Der Versuch verlief jedoch negativ.

Sozialistische Aktion

Der Widersinn des kapitalistischen Systems hat sich seit Jahren enthüllt. Mit dem Aufwand ungezügelter Milliarden hat der Kapitalismus einen Produktionsapparat aufgebaut, der die Produktivität der menschlichen Arbeit um ein vielfaches gesteigert hat. Seit Jahr und Tag aber stehen die Fabriken verlassen da, verrotten die Maschinen und Werkzeuge. Und seit Jahr und Tag drängt sich das graue Elend der Erwerbslosen an den Stempelposten hoffnungslos und verbittert, verlangen Millionen und aber Millionen arbeitswilliger Hände vergeblich nach Arbeit. Die Kohlenbrenner sitzen auf den Halben und schon hängen Hunderttausende vor dem kommenden Winter. In den Städten der Bauern drängt sich das schlachtreife Vieh und in den Städten erwachen jeden Morgen Millionen von Mittern mit der nagenden Sorge, wie sie am neuen Tag die hungrigen Mäuler still machen sollen. Das Volk hungert bei vollen Scheunen.

Seit Jahr und Tag erheben Millionen immer aufs neue die bange Frage: werden wir jemals aus dem Jammer dieser Krise herauskommen? Und wenn wir herauskommen, wird uns nicht schon wenige Jahre später eine neue Krise in neue Not und neues Elend stürzen?

Soll diese Frage immer und immer unbeantwortet bleiben? Gibt es gar keinen Ausweg aus dieser mörderischen Krise? Gibt es gar kein Mittel, um endlich den Arbeitslosen Arbeit, den Hungernden Brot, den Verzweifelten neuen Lebensinhalt zu geben?

Es gibt ein Mittel, es gibt einen Weg und diesen Weg weist das Programm der freien Gewerkschaften für den Umbau der Wirtschaft, weisen die Gesetzentwürfe, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion — gestützt auf dieses Programm — dem neuen Reichstag vorlegt.

Wir haben uns lange in unseren eigenen Reichen darüber gekümmert, ob diese Krise nur eine gewöhnliche kapitalistische Krise ist oder eine Krise des Kapitalismus selbst, ob die Zeit schon reif ist für den Umbau der Wirtschaft. Die Verantwortung vor der Arbeiterklasse hinderte uns, mit leichtfertigen Parolen trügerische Hoffnungen zu erwecken. Jetzt ist dieser Streit entschieden. Jetzt sind wir zu der festen Überzeugung gekommen: die Zeit ist reif für den Umbau der Wirtschaft, die Stunde verlangt gebieterisch die Lösung der Krise durch sozialistische Maßnahmen.

Die psychologischen Voraussetzungen für den Umbau der Wirtschaft waren niemals günstiger als jetzt. Die kapitalistischen „Wirtschaftsführer“ haben den Kapitalismus selbst an den Rand des Abgrundes geführt, haben Milliarden und aber Milliarden nutzlos verpulvert, Millionen und aber Millionen an den Bettelstab gebracht. Jetzt suchen sie beim Staat Hilfe und wollen mit allen Nachmitteln des Staates mit den Steuergeldern der Allgemeinheit ihre wankende Herrschaft über die Wirtschaft stützen. Wir aber rufen ihnen zu: Tretet ab! Der Staat ist nicht dazu da, eure Schulden zu bezahlen und eure Unfähigkeit zu büßen. Der Staat soll die Führung der Wirtschaft selbst in die Hand nehmen und an Stelle der planlosen kapitalistischen Wirtschaft eine planmäßige sozialistische Wirtschaft aufbauen.

Wir wissen, daß der Übergang zur sozialistischen Planwirtschaft kein Neuaufbau, sondern nur ein Umbau sein kann. Wir wissen, daß nicht mit einem Schlag an Stelle der jetzigen kapitalistischen Wirtschaft eine sozialistische Wirtschaftsordnung gesetzt werden kann, sondern daß das nur das Ergebnis einer mühevollen Arbeit und eines zähen Ringens sein kann. Wir wissen aber auch, daß wir diese Aufgabe nicht einem Staat übertragen können, der von den Großgrundbesitzern und den Großkapitalisten beherrscht wird, sondern daß wir uns erst die Macht im Staate erkämpfen und den Einfluß der Junker und Industriellen brechen müssen. So haben die Sozialisierung der Schwerindustrie und die Enteignung des Großgrundbesitzes, die wir als vordringliche Maßnahmen fordern, eine doppelte Bedeutung: sie sollen die Machtstellung der Großkapitalisten und der Großgrundbesitzer ein für allemal beseitigen und sollen zugleich die ersten Schritte für den Umbau der Wirtschaft sein.

Ökonomisch ist die Zeit für den Umbau der Wirtschaft reif, ist sie es auch politisch? Kein Zweifel, die sozialdemokratischen Gesetzentwürfe finden in diesem Reichstag keine Mehrheit. Aber auch kein Zweifel, daß wir in Deutschland nicht nur eine Krise des Kapitalismus, sondern zugleich eine Krise des kapitalistischen Denkens erleben. Noch war es eine Ubertreibung, als Gregor Straker im Reichstag behauptete, 95 Prozent unseres Volkes seien von antikapitalistischer Sehnsucht erfaßt. Noch sind die Nazis selbst der stärkste und letzte Schutzwall der Kapitalisten. Aber der Glaube an die Unerklichkeit des Kapitalismus ist erschüttert. Der Boden ist aufgelockert und kann jetzt umgepflügt werden.

Wir haben diese Gesetzentwürfe eingebracht, obgleich wir wissen, daß sie im Reichstag keine Mehrheit finden. Aber wir haben sie nicht eingebracht, um die Nazis zu entlarven. Haben seit Jahr und Tag unsere besten Fachmänner und Sachverständigen über diesen Plänen und Entwürfen gelesen, damit sie uns nun für ein Entlarvungsmandat gerade gut genug wären? Haben wir dafür alle Jahr für Jahr mit diesen Problemen und Schicksalsfragen gerungen, daß wir jetzt unsere Überzeugung einem taktischen Schachzug opfern sollten? Nein, wir wollen die Nazis nicht entlarven, wir wollen ihre Anhänger ebenso wie die kommunistischen Anhänger gewinnen! Wir wollen sie im unermüdbaren geistigen Kampf davon überzeugen, daß nicht die verlogenen Parolen ihrer eigenen Führer, sondern nur das Wirtschaftsprogramm der Sozialdemokratie

und der freien Gewerkschaften ihnen die Erfüllung ihrer „antikapitalistischen Sehnsucht“ bringen kann.

Fällt die Entscheidung über diese Gesetzentwürfe in diesem Reichstag nicht, so werden wir weiterkämpfen, bis wir sie erzwungen haben. Diese Waffen sind nicht in jahrelanger mühevoller Arbeit geschmiedet worden, um nur in einem parlamentarischen Scheingefecht zu parodieren, nein, sie sollen die Waffen sein, mit denen wir einen neuen Kreuzzug für den Sozialismus eröffnen. Zwei Menschenalter hindurch hat die sozialistische Arbeiterbewegung den wertigsten Massen den Sozialismus als leuchtendes Zukunftsideal vor Augen gehalten. Jetzt ruft sie den Schaffenden in Stadt und Land zu: Der Sozialismus ist in Deutschland nicht mehr Zukunftsideal, er ist Gegenwartsaufgabe.

Für diese Aufgabe, die größte, die je einem Volke gestellt worden ist, wollen wir jenen Kreuzzug führen mit der letzten Hingabe und dem letzten Einsatz aller Kräfte, die unsere Verantwortung vor der Geschichte und vor der Arbeiterbewegung von uns verlangt. Und wenn wir diesen Kreuzzug führen, dann kann uns der Sieg — wenn auch nach langen und schweren Kämpfen — nicht fehlen. Unser Kampf wird nicht nur den Mut der Verzagenden, den Glauben der Verzweifelten neu stärken und beleben, er wird schließlich auch diejenigen mitreißen, die heute noch geblendet und irregeleitet den falschen Propheten von rechts und links nachlaufen.

Auf, Sozialisten schließt die Reihen!
Die Trommel ruft, die Banner wehn!
Es gilt die Arbeit zu befreien,
Es gilt der Arbeit auferstehn!

Warum erst jetzt?

Die ungeheure Tragweite des sozialdemokratischen Arbeitsbeschaffungsprogramms wird allgemein anerkannt. Aber immer wieder wird die Frage gestellt, warum die Sozialdemokratie erst jetzt mit diesem Plan an die Öffentlichkeit tritt? Warum hat die Sozialdemokratie schwere Krisenjahre erst verstreichen lassen, ehe sie ihr großes Programm verkündete?

Es versteht sich, daß Fragen dieser Art in erster Linie von den Gegnern der Sozialdemokratie gestellt werden, die zum Teil häßlich darauf hinweisen, daß die Sozialdemokratie erst nach ihrem Übergang in die Opposition den Mut zur Aufstellung eines solchen Programms fand. Allen denen, die so fragen, muß gesagt werden, daß das Programm, das in dem Gesetzentwurf seinen Niederschlag gefunden hat, keineswegs aus der Pike geschossen ist, sondern in den jahrelangen wirtschaftspolitischen Kämpfen der Partei und der Gewerkschaften organisch erwachsen ist. Alle entscheidenden Elemente des Programms — die Arbeitsbeschaffungsaktion, die Beschäftigungsforderungen, die Kontrollgedanken — stammen der Idee nach aus früheren Stadien unseres Kampfes und waren zum großen Teil schon in früheren Reichstagen zur Forderung erhoben worden. Die große Leistung, die jetzt vollbracht wurde, besteht darin, daß, nachdem die Gewerkschaften mit ihrem umfassenden Umbauprogramm vorangegangen waren, die grundlegenden Umbauforderungen — nach dem Stand des gegenwärtig Notwendigen und ökonomisch Verwirklichtbaren ergänzt — zu einem einheitlichen, in sich geschlossenen und von einer Idee getragenen Gesamtwerk zusammengefaßt wurden.

Die Technik der Gesetgebung schreibt den Gestaltern von Gesetzen notwendigerweise einen trockenen, nüchternen Stil vor. Und so mühen auch die Gesetzentwürfe der sozialdemokratischen Fraktion dem, der sie im Wortlaut liest, in ihrer äußeren Form des großen Ziels, dem sie dienen, vielleicht nicht ganz würdig erscheinen. Wer aber hinter der nüchternen Form ihren Sinn zu lesen versteht, wird vom grandiosen Aufbau mitgerissen sein müssen, der in diesem Gesetzbuchwerk zu verkörpert ist. Das sozialdemokratische Umbauprogramm ist der einzia m a l i g e W e g, die Krisenopfer zu läutern, die Krisenüberwindung zu erleichtern und die Wirtschaft im sozialistischen Sinne umzubauen.

In drei großen Stufen ist dieser Aufbau gealtert: Der von der Papen-Regierung kräftlich vernachlässigte Schutz der Krisenopfer ist die erste Stufe, Sofortmaßnahmen zur Erleichterung der Krisenüberwindung die zweite und das in Gesetzesform gegossene Programm zum sozialistischen Umbau der Wirtschaft die dritte Stufe. Es heißt jetzt, um die Durchföhrung dieses Programms zu kämpfen.

Eine famose Regierung

Der Landtag von Thüringen hat mit 34 Stimmen gegen 15 die neue Regierung gewählt. Sie setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident S a u d e l (M.S.), Volksbildungsminister W ä c h t e r (M.S.), Finanz- und Wirtschaftsminister Bürgermeister M a r s c h e r (M.S.), Oberbefehlshaber der Landeswehr M a r s c h e l l e r (M.S.). Der Landtag hat einen Staatsrat gestellt.

Reaktion und Hasardspiel

Die Kanzlerrede in Münster

Den Urteilen in Ostau und Westau ist von rechts und von links ein Sturm gegenüber der gleichmäßigen Handhabung des Rechts gefolgt. Beide Seiten verlangen, den politischen Gegner außerhalb der Volksgemeinschaft und außerhalb des Rechts zu stellen. Im politischen Kampfe soll Totschlag und Mache erlaubt, soll der Gegner von selbst sein. Objektivität ist als Schimpf. Solcher Verwilderung der politischen Moral entgegenzutreten, ist die Pflicht der Staatsgewalt. Ich kenne ein Recht, das nur das Kampfmittel einer Klasse oder einer Partei ist. Das ist eine marxistische Auffassung, die ich ablehne, auch wenn sie von Nationalsozialisten ausgesprochen wird; denn sie schließt jeder deutschen und christlichen Rechtsauffassung ins Gesicht.

„Ich — nicht Hitler“

Ich bekenne mich zu dem Glauben an ewige Rechtsnormen, aus denen auch der altpreussische Grundgesetz geformt ist: „Jedem das Seine.“ Es ist die Tradition Preußens von seinen großen Königen her, daß nur der zur Führung der Nation zugelassen werden kann, der sich freiwillig in ihre Geleise einordnet. Die Zügellosigkeit, die aus dem Mufel des Führers der nationalsozialistischen Bewegung spricht, paßt schlecht zu den Ansprüchen auf die Staatsregierung (Münsterer Beifall). Ich gestehe ihm nicht das Recht zu, die Minderheit in Deutschland, die seinen Fahnen folgt, allein als die deutsche Nation anzusehen und alle übrigen Volksgenossen als Fremdwild zu behandeln.

Wenn ich heute gegen Hitler für den Rechtsstaat, für die Volksgemeinschaft und für eine Ordnung in der Staatsführung eintrete, so verfolge ich und nicht er das Ziel, das Millionen seiner Anhänger im Kampfe gegen Parteiherrschaft, gegen Willkür und Ungerechtigkeit jahrelang mit heiligem Herzen herbeigehandelt haben.

Die Regierung hat vom ersten Tage an das Ziel verfolgt, der großen vaterländischen Freiheitsbewegung, deren historische Verdienste um Deutschland jedermann anerkennen muß, den Weg zur politischen Mitarbeit am Aufbau des Reiches frei zu machen. Ich kann nicht glauben, daß diese große deutsche Freiheitsbewegung sich auf die Dauer in bewußtem schroffem Gegensatz zu den Zielen einer Regierung stellen wird, deren Gedanken nur und ausschließlich auf Deutschlands Zukunft gerichtet sind.

Ich bin sehr entschlossen, die schwelende Glut des Bürgerkrieges auszureiben und den Zustand politischer Unruhen und politischer Gewalttaten zu beenden, der heute noch ein so großes Hindernis für die politische Arbeit ist, in der die einzige Aufgabe des Staates liegt.

Regelung der Einfuhr

Damit komme ich zu den praktischen Tagesfragen. Selbstverständlich wird die Regierung der Landwirtschaft, die der Boden ist, auf dem die Nation immer erneut sich moralisch und wirtschaftlich verjüngen muß, mit allen Mitteln helfen, doch einseitige Hilfe nicht leisten.

Die Landwirtschaft läßt sich nicht allein von der Fülle her beleben. Ihre Fragen sind nicht ausschließlich von der Seite der Einnahmen oder der Ausgaben her zu lösen. Der Schutz ist vielmehr mit dem der deutschen Gesamtwirtschaft untrennbar verbunden.

Angeht die furchtbare Arbeitslosigkeit müssen wir den Versuch machen und ihn sofort machen, das Steuer grundtätig herumzuwerfen. Wenn wir den Grund zu einem Wiederaufbau unserer Wirtschaft legen wollen, so müssen wir es nach folgenden Grundrissen tun.

Keine Währungsexperimente

Unsere Währung darf nicht gefährdet werden. Wir wollen auch keine Abwertung der deutschen Mark, wir wollen keine ausgeklügelten Experimente machen, nach denen, wie der Reichsbankpräsident kürzlich sagte, Deutschland zunächst durch eine Geldstrecke hindurch müßte, der weitere Millionen von Menschen zum Opfer fallen würden. Gerate den Grundrissen konservativer Staatsführung nehmen wir die Verhältnisse, wie sie heute sind, um durch ein orationales Programm die in unserem Wirtschaftsleben noch lebendigen Kräfte neu zu härteln.

Die wesentlichste dieser Kräfte ist die persönliche private Initiative. Die Stärkung der persönlichen Energie und die Entwicklung der persönlichen Leistungsfähigkeit, die Steigerung des Gefühls der eigenen Verantwortung — das sind die wichtigsten Mittel, mit denen die Privatwirtschaft auch in Zukunft als jedes andere Wirtschaftssystem, das uns empfohlen wird, zu befriedigen. Aus dieser Überzeugung heraus lehnt die Reichsregierung infolgedessen alle Eingriffe in die Sphäre der Privatwirtschaft ab. Es gilt, der privaten Initiative wieder Vertrauen zur Zukunft einzufößen.

Die Reichsregierung wird darüber machen, daß die persönliche Verantwortung der freien Wirtschaft nicht etwa durch Vermischung mit staatlichen Wirtschaftsformen verwischt wird. Wo der Staat in den letzten Jahren Anteil an bisherigen privaten Unternehmungen genommen hat, wird man dafür sorgen, daß klare Verhältnisse geschaffen werden, und daß der Allgemeinheit nicht nur die Kosten, sondern auch die Früchte der Arbeit zufließen.

Unterschreitung des Tariflohns als Anreiz

Diese Maßnahmen werden aber nur dann die Wirtschaft sofort in Gang bringen, wenn das Problem auch von der Seite der Arbeit angepackt wird. Es wird deshalb dem Arbeitgeber gleichzeitig ein Anreiz zur Streckung der Arbeit durch Verteilung auf möglichst viele Arbeiter gegeben werden. Dieser Anreiz wird nur auf dem Gebiete der Entlohnung liegen können.

Man wird den Arbeitgeber ermächtigen, wenn er mehr Arbeitskräfte einstellt, den Tariflohn in einem gewissen, genau umgrenzten Umfang — der nicht unter dem Existenzminimum liegen darf — zu unterschreiten, und zwar werden die Tariftarife, innerhalb dieser Grenzen in einem umso größeren Prozentsatz ermäßigt, je größer die Vermehrung der Belegschaft oder der Arbeiterzahl ist.

Die Löhne werden aber nicht in gleichem Ausmaß ermäßigt werden dürfen, wie die Belegschaft ansteigt, damit die in den Betrieben gezahlte Gesamtlöhne nicht nur erhalten bleibt, sondern sich sogar noch erhöht.

Ich bin mir bewußt, daß diese Maßnahme einem Teil, und zwar dem jetzt beschäftigten Teil der deutschen Arbeiterschaft Opfer auferlegt.

Aber diese Opfer gehen zu Gunsten der heute Arbeitslosen. Und wenn auch der einzelne eine kleine Einbuße erleidet, so wird die Gesamtlöhne erhöht, die allgemeine Kaufkraft also gesteigert. Auf diese Weise werden wir eine weitere erhebliche Zahl Erwerbsloser der Arbeit wieder zuführen können.

Die Reichsregierung beabsichtigt, das Tarifrecht und das Schlichtungswesen in ihrem wesentlichen Inhalte aufrecht zu erhalten. Was sie aber immer wieder betonen muß, ist die Erwartung, daß die Beteiligten ihre Verhältnisse mehr als bisher im Wege der freiwilligen Selbstbestimmung ohne staatliche Zwangsmaßnahmen und ohne Bevormundung ordnen. Der wertvolle Kern des Tarifrechts muß erhalten bleiben. Unsere Tarifverträge sind aber vielfach immer noch zu hart und nehmen auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gebiete der Betriebe der Arbeitnehmergruppe nicht ge-

bührend Rücksicht. Es sollte in der heutigen Zeit nicht vorkommen, daß Betriebe, die bei vernünftiger Berücksichtigung ihrer besonderen Notlage aufrechterhalten werden können, infolge der Starrheit tariflicher Bindungen zum Erliegen kommen (sehr richtig!). Ich halte es daher für notwendig, für diese Fälle nunmehr im Verordnungswege Abhilfe zu schaffen (Beifall).

Auf 12 Monate befristet

Alle diese Maßnahmen dienen zunächst nur einer Ueberbrückungszeit: sie werden deshalb auf 12 Monate befristet. Sie sollen es der Wirtschaft ermöglichen, sich aus ihrer bisherigen Erstarrung zu lösen und den eigenen wirtschaftlichen Gegebenheiten zu folgen. Ich weiß, daß diese Maßnahmen noch nicht alles das enthalten, was Sie vielleicht heute von mir erwarteten und was die Aufgabe dieser Regierung ist. Ich erwähnte aber, daß der gewaltige Anstoß, den unsere gealterte Volkswirtschaft durch eine Entlastung und damit Befruchtung von etwa 2 Milliarden Mark und durch eine zusätzliche Beschäftigung von ein bis zwei Millionen Arbeitsloser erfährt, auch die Lage der Landwirtschaft direkt und indirekt außerordentlich verbessern wird. Die Hebung der Kaufkraft der Allgemeinheit wird dem Landwirt eher dazu beitragen, Erzeugnisse zu angemessenen Preisen auch wirklich absetzen zu können, jedenfalls besser absetzen zu können, als das heute der Fall ist. Das gilt insbesondere für die Erzeugnisse der bäuerlichen Veredelungswirtschaft.

Politische Zusammenkünfte

Die Nationalsozialisten und Reichsbannerleute sind am Montag in Berlin am Cullendorfer See, nachdem es nachmittags bereits zu Reichsereignissen zwischen einem Nationalsozialisten und einem Reichsbannermann gekommen war. Um etwa 20 Nationalsozialisten einen Kameraden heimleiten, erfolgte ein heftiger Zusammenstoß. Als Waffen wurden Steine, Messer und Knüttel benutzt. Der SA-Führer Bogler aus Berlin wurde durch Steinwürfe am Kopf und an beiden Schultern verwundet, gleichfalls ein SA-Mann durch Schläge auf den Kopf und die Oberarme. Ebenfalls schwer verletzt wurde der Reichsbannerführer Bierl aus Berlin.

Die Gadebusch, 30. Aug. Am Montag abend kam es hier zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Mitgliedern der Eisernen Front. Die Freie Turnerhalle hielt ihr 20-jähriges Stiftungsfest ab. SA- und SS-Mitglieder, die zu einer

Körnerfeier versammelt waren, gerieten mit den Festteilnehmern in ein Handgemenge. Aus Schwerin wurde das Ueberfallkommando alarmiert, das die Ruhe wieder herstellen konnte. Vier Arbeitersportler aus Rostock wurden am Kopf zum Teil schwer verletzt. Weiter hat noch eine Reihe von anderen Personen leichte Verletzungen erlitten. Die Untersuchung über die Vorfälle ist eingeleitet.

Tagesschau

Berlin. Die Bekanntgabe des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung über die heutige Woche eine belebende Wirkung aus und führte zu einem Anziehen der Kurse.

Berlin. Die Filmprüfstelle hat in dem Tannenberg-Film alle Szenen verboten, in denen v. Hindenburg erscheint.

Der Verteidiger der Orlauer Reichsbannerleute wird, mit der Abendmahlzeit, gegen Hitler Strafantrag wegen Beleidigung stellen, weil er die Orlauer Angeklagten als Mörder bezeichnet hat.

Friedrichshafen. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat um 12 Uhr die Mittelmeerflut bei St. Marius zur See erreicht.

Hamburg. Der Nationalsozialist Kriebel aus Beseffuren wurde wegen Totschlags zu drei Jahren Gefängnis verurteilt; der Staatsanwalt hatte zwölf Jahre Zuchthaus beantragt.

Hildesheim. Amtsgerichtsrat Babel, der Vorsitzende im Lübecker Calmette-Prozess, ist Samstag nachmittag in Hamburg freiwillig aus dem Leben geschieden.

Jittau. Bei Mariental sind gestern zwei Motorräder zusammengefahren. Beide Fahrer kamen ums Leben.

Königsberg. Bei Laptau fuhr ein Motorfahrer gegen einen anderen. Ein Fahrer wurde getötet, zwei Mitfahrer schwer verletzt.

Paris. Bei der Besprechung der Reichskanzlerrede haben die Blätter die Wendungen gegen die Nationalsozialisten hervorgehoben.

München. Starke chinesische Abteilungen unternahm gestern schwere Angriffe gegen die Stadt.

Warschau. Die polnischen Beamten und Angestellten haben ihren Streik abgebrochen, nachdem ihnen ein Teil ihres rückständigen Gehalts ausbezahlt worden ist.

Heute in Neudeck

Der Reichspräsident vor folgenschweren Entscheidungen

Der Reichspräsident hat sich am Montag in Begleitung des Reichswehr- und des Reichsinnenministers nach Neudeck begeben. Die Reise hat den Zweck, den Reichspräsidenten über den Erfolg des Wirtschaftsprogramms der Papenregierung durch Notverordnung zu gewinnen und ihm zugleich die Pläne einzureden, die nach allem, was man darüber hört, in ihrer letzten Konsequenz der Reichsverfassung widersprechen.

Die Ausführung des verfassungswidrigen Reichstags ist seinerzeit erfolgt, um das Parlament in Uebereinstimmung mit dem Volkswillen zu bringen. Die Entscheidung liegt vor, der neue Reichstag ist gewählt und tritt zusammen. Aber die Regierung, die diese Entscheidung herbeigeführt hat, steht im Begriff, sie zu mißachten. Sie ist zwar bereit, sich dem Reichstag zu stellen, aber sie scheint zugleich entschlossen, sich Auflösung herbeizuführen, noch ehe, er in Funktion tritt. Sie will diese Funktion unter Mißachtung ihres eigenen Appells an das Volk verhindern, um an die Stelle einer parlamentarischen Regierung auf laune Zeit eine diktatorische Parteiorganisation zu setzen. Diese Absicht ist mit dem Geist der Verfassung nicht in Einklang zu bringen. Der Volkswille hat gegen die Papenregierung entschieden. Sie hat deshalb zu verschwinden. Was dann weiter wird, ist Sache des Reichstags. Das umgekehrte Verfahren, daß eine Regierung gegen die mehr als 90 Prozent des Volkes stinmen, den von diesem Volk gewählten Reichstag ver-

schwinden läßt, nur um ihre Existenz zu sichern, widerspricht der Verfassung.

Aber die Pläne der Papenregierung gehen noch weiter. Der Reichstag soll, wie es heißt, nicht nur aufgelöst, er soll für lange Zeit durch Verhinderung der Neuwahlen völlig ausgeschaltet werden. Die Reichsregierung neigt zu diktatorischen Plänen, obwohl in der Verfassung klar vorgeschrieben ist, daß bei einer Auflösung des Reichstags die Neuwahlen innerhalb sechs Wochen vorzunehmen sind. Korrrekt können wir uns leicht vorstellen, daß der Reichspräsident als der oberste Hüter der Verfassung sich Gedanken darüber erörtert wurden, zugänglich zeigt. Aber die Tatsache, daß die Regierung der Barone überhaupt mitgegangen, wie wir sie wissen haben, zeigt den ganzen Ernst der innenpolitischen Lage.

Es ist zu erwarten, daß der Reichstag, noch ehe die Papenregierung in Neudeck in der Lage war, den Reichspräsidenten zu Mahnahmen zu veranlassen, die nicht mit seinem Eide auf die Verfassung in Einklang zu bringen sind, zu den Plänen dieser Regierung das Notwendige sagt und dem Reichspräsidenten die notwendige Warnung zugehen lassen will. Verharren diese Mahnungen unachtert, dann ist der Ausgang der politischen Krise, in die Deutschland durch Hitler und Papen hineingeworfen wurde, noch nicht absehbar.

Zentrum und Nazi

Nazi-Reichskanzler

Die Zentrumsfraktion des Reichstags nahm am Montag einstimmig eine Entschließung an, in der die Richtlinien gebilligt werden, die am 11. August von den Abgeordneten Loos und Wolf dem Reichskanzler vorgebracht worden sind. Im Verfolg dieser Haltung fand auch die Sonntagssitzung des Reichstags in Münster hinsichtlich der über die derzeitigen Bemühungen des Zentrums gemachten Ausführungen grundsätzliche Ablehnung.

In einer dazu angenommenen Entschließung heißt es wörtlich: „In der klaren Erkenntnis, daß jede Regierung, ohne Mehrheit und Vertrauen in der Volksvertretung zu bestehen, notwendigerweise auf eine abschüssige Bahn kommen muß, arbeitet die Zentrumsfraktion unbeeinträchtigt um Eroberung und Einküsterungen ihrerseits mit an der Schaffung einer Regierung, die sich auf eine klare Mehrheit des Parlaments stützen kann und gewillt ist, mit ihm zusammen zu arbeiten, geleitet von dem Gedanken, daß es verfassungsmäßig unmöglich und für das Reich verderblich ist, eine Reichstagsauflösung nur deswegen zu befürworten und vorzutreiben, weil der gegenwärtigen Regierung die Mehrheit verweigert bleibt.“

Die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten über die Bildung einer Reichsregierung sollen am Dienstag fortgeführt werden. Die Besprechungen, die auf Seiten des Zentrums

von den Abgeordneten Brüning, Kerlitz und Stegerwald geführt werden, haben bisher zahlreiche Verhandlungen ergeben, die sich auf das lokale Programm und auf die Zusammenfassung einer von Nationalsozialisten und Zentrum zu bildenden Regierung beziehen. Eingeschlossen in die Verhandlungen wurde auch das preussische Regierungsproblem.

Im Reich will das Zentrum den Nationalsozialisten den Reichskanzler zugestehen. In Frage kommt jedoch nicht Hitler, sondern eine andere Persönlichkeit aus dem Reihen der Nazibürokratie. Dafür verzichtet die Nationalsozialisten in Preußen auf die Ministerpräsidentenstellung. Sie fordern jedoch das Amt des Innenministers im Reich und in Preußen. Im Zentrum scheint man geneigt, sich mit dieser Forderung abzufinden. Die übrigen Minister sollen im Reich und in Preußen möglichst besetzt werden, daß die Nationalsozialisten und das Zentrum je die Hälfte der Minister erhalten.

Im Zentrum hofft man neuerdings wieder auf eine erhellende Verständigung, als deren Grundlage die neue Regierung auf parlamentarischer Basis und ihre Amtsführung auf dem Boden der Verfassung betrachtet wird. Allerdings soll auch die schwarz-braune Regierung den Charakter einer „Präsidentenregierung“ tragen, die den Reichstag nur in wichtigen Fällen zu Rate zieht.

Papen „politik“

Von der Regierung Papen-Scheicher, die ihre Existenz der Nazi-Welle in Deutschland verdankt und deren einzige Stützen Generäle, Junker und Industriemagnaten sind, konnte man auf dem Gebiet der Sozialpolitik und der Wirtschaftspolitik nichts anderes als ein hundertprozentig reaktionäres Programm erwarten. Trotzdem erkennen wir freimütig, daß vor der Rede des Reichskanzlers in Münster unsere Phantasie nicht ausgerichtet hat, sich den Grad des sozialreaktionären Charakters des wirtschaftlichen Diktatorismus und der finanzpolitischen Grinnlichkeit auszumalen, aus dem das Programm dieser Regierung zusammengesetzt ist.

Diese Punkte in dem Papenprogramm mögen noch reichlich unklar und verworren erscheinen, aber der tragende Grundgedanke ist klar. Er lautet:

Alle Löhne den Arbeitern. Lohnbruch bis an die Grenze des Existenzminimums, Beseitigung des Tarifrechts und organisierten Anreiz zum Lohnbruch.

Das sind die eindeutigen Anreize auf die Rechte der Arbeiterschaft und auf ihre soziale Lage, die durch neue Notverordnungen bevorzugen. Die Tariftarife sollen willkürlich herabgesetzt werden

Regierungsfrage und Gewerkschaften

Gerüchte und Legenden

Man, in allen Fällen, in denen Betriebe in ihrer Weiterentwicklung sind. Der „Nachweis“ dieser Bedrohung wird in einer Krise vor Schlichtern, deren Grundbestimmung die Förderung des Wohlstands ist, von unendlich viel Unternehmungen geführt werden. Aber das ist nicht die einzige Form, in der man den Lohnraub organisiert. Man führt darüber hinaus im Interesse der Mehrinstellung von Arbeitern ein Prämiensystem für Neueinstellungen ein. Für jeden neu eingestellten Arbeiter soll dem Unternehmer aus einem Fond von 700 Millionen Reichsmark Schuldverfreilungen des Reiches, die für künftige Steuerzahlungen in Zahlung genommen werden, 400 Mark jährlich zur Verfügung gestellt werden. Der Unternehmer, der solche Mehrinstellungen vornimmt, wird also Lohnsubventionen erhalten, auch wenn es sich gesamtwirtschaftlich nicht um zusätzliche Arbeit, sondern um die Verlagerung von Arbeit von einem Betrieb auf den anderen handelt.

Gleichzeitig aber wird der Arbeitgeber, der mit dieser Subvention mehr Arbeitskräfte einstellt, berechtigt werden, den Tariflohn zu unterschreiten und zwar werden die Tariftabelle zu einem umfänglicheren Prozentsatz ermäßigt, je größer die Vermehrung der Belegschaft ist. Das ist ein ausgeglichenes System der Prämierung des Lohnraubers und der Bestrafung der Arbeiterschaft untereinander, weil jede Art Einstellung in einem Betrieb unmittelbar zur Lohnminderung der bisher schon beschäftigten Arbeiter führen muß.

In dieser Zerstückelung der Tarifrechte und in dieser organisierten Methode des Lohnraubes liegt das Kernstück des ganzen Kampfsystems. Darüber darf und wird sich die Arbeiterschaft nicht hinwegsetzen lassen, auch wenn andere Teile des Programms unter der Hand annehmen, aber deshalb noch keineswegs richtigen Heberschritt von der Arbeiterschaft und der Unturbelung der Wirtschaft erheben. Es ist deshalb nur selbstverständlich, daß die Gewerkschaften in einem Telegramm an den Reichspräsidenten einer solchen „Wettspielchen sozialer Politik“ den schärfsten Kampf antragen. Wie aber steht es mit der Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die die Regierung vorzieht? Arbeitsbeschaffung durch Sparmaßnahmen öffentlicher Arbeiten ist von allen Sachverständigen als Notwendigkeit anerkannt. Die Gewerkschaften haben sie gefordert, die Sozialdemokratie hat Gesekentwürfe zur Inangriffnahme und Finanzierung solcher Arbeiten im Reichstag vorgelegt. Der Reichswirtschaftsrat hat ein ausführliches Gutachten über die Notwendigkeit in Angriff zu nehmen und die Maßnahmen, die einschneidenden Probleme löst, bisher nur das Maß und der Weg für die Finanzierung solcher von der öffentlichen Hand einzuleitenden Maßnahmen. Die Regierung Papen hat über die bekannten bestehenden Mittel hinaus alle diese Formen der Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Aufträge im Hintergrund verschwinden lassen. Sie präsentiert dafür einen ganz neuen Weg. Ihr macht nicht mehr die Frage Sorge, ob man zur Finanzierung eine solche Anleihe aufnehmen kann, ob man den Weg der Zinsenanleihe oder Vermögensabschreibung gehen muß, um die nötigen Mittel für die Beschaffung öffentlicher Aufträge zu Verfügung zu stellen, sondern sie hat sich eindeutig für ein privatkapitalistisches, den Unternehmern allein nutzbringendes Experiment entschieden. Man will nicht Absagen oder Befristungen von den Reichern erheben, um Arbeit in Gang zu bringen, sondern man will das gleiche Ziel dadurch erreichen, daß man ihnen Geschenke präsentiert.

Für gewisse Steuern, die als besonders produktionshemmend gelten, die Umsatzsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer und Verbrauchssteuer sollen diejenigen, die die Steuer in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 1. Oktober 1933 abführen, ein Teil zurückgegeben werden in der Form von Steueranrechnungsscheinen, die in den Rechnungsjahren 1934 bis 1938 auf allen Reichssteuern und Zölle mit Ausnahme der Einkommensteuer in Zahlung gegeben werden sollen. Es soll sich um 1.500 Millionen Mark handeln, die den Charakter von Anrechnungsscheinen des Reiches dadurch erhalten sollen, daß die Summe, die den Steuerzahlenden Unternehmern geschenkt wird, auch noch vom Reich verzinst wird.

Durch diese Ausgabe von Anrechnungsscheinen des Reiches soll den Steuerzahlern eine Kreditgrundlage geschaffen werden, von der man erwartet, daß die Vereinnahmung und die Durchführung neuer oder bisher zurückgehaltener Aufträge für den „aufgestauten Erhaltungsbedarf“ ermöglicht werden und dadurch neue Arbeitskräfte in den Arbeitsprozeß einfließen werden. In der gleichen Form dieser Steueranrechnungsscheine von 1.500 Millionen Mark werden weitere 700 Millionen Mark als Lohnsubvention mit dem oben beschriebenen Recht des Lohnraubers zur Verfügung gestellt. Etwas ist, daß die Unternehmer Steuererlasse und Subventionen in Höhe von 2,2 Milliarden Mark erhalten. Vollkommen unklar ist dagegen ob und in welchem Umfang diese Geschenke zur Einschaltung neuer Arbeitskräfte in den Wirtschaftsprozess führen. Denn die Auffassung, daß es im gegenwärtigen Zeitpunkt einen großartigen Bedarf für die Erhaltung oder Erweiterung der Produktionsanlagen überhaupt gibt, ist zum mindesten außerordentlich problematisch. Was der Wirtschaft fehlt, ist nicht der unbeschäftigte Produktionsapparat, sondern die Aufträge für den Verbrauch durch die dieser Produktionsapparat ausgenutzt werden kann. Der Massenverbrauch aber wird durch das neue Lohnraubprogramm, das man, so zum Slogan „Ende der Deflationspolitik“ bezeichnet, nur noch weiter verschärft.

Die äußerst ungewissen und im Ausmaß nur sehr beschränkten Anrechnungsscheine werden bei dem von der Regierung Papen geschätzten Weg gekauft mit einem finanzpolitischen Abenteuer, das man nur mit einem Ritt über den Boden verglichen kann. In einem Augenblick, in dem die Deckung des Finanzbedarfs schon für das laufende Haushaltsjahr überaus ungewiß erscheint, verfährt man durchgehend durch gezielte Ausgabe an steuerpflichtige Unternehmungen über 2,2 Milliarden des Steueranrechnungsscheine in den folgenden Jahren. Das ist eine Spekulation auf schnelle Auswirkung eines erhofften aber leider in keiner Weise gesicherten Wirtschaftswendepunktes.

Was wird werden? Tag für Tag wird in der Presse diese nach der Zurückweisung des arbeitswahnstigen Machtanspruches Diktators durch den Reichspräsidenten brennend gewordene Frage zu beantworten versucht. Im In- wie im Ausland gehen Gerüchte und Legenden um, und in ihnen wird auch immer wieder von einer Fühlungnahme der Reichsregierung mit den Gewerkschaften gesprochen.

Aus all diesen Gerüchten und Legenden macht die kommunistische Presse fertige Tatsachen. Sie berichtet bereits über einen Plan zur Bildung eines Kabinetts Schleicher-Ströher-Siegerwald, und sie behauptet, daß die „Tolerierung“ dieser Regierung durch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften beschlossene Sache sei.

Zu diesem Unfug nimmt die Gewerkschaftszeitung, das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in ihrer neuesten Nummer Stellung. Sie weist zunächst darauf hin, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften beschlossene Sache sei. In Stellung zu jeder Rechtsregierung keinen Zweifel zulassen, und betont dann mit aller Deutlichkeit:

„Wir erklären nachdrücklich, daß der NSDAP, allen Kombinationen über Nachtbildungen an der Spitze des Reiches absolut fernsteht und an Verhandlungen über die Bildung einer neuen oder die Umbildung der gegenwärtigen Regierung unbeteiligt ist. Wenn wir die Art der Anteilnahme des NSDAP, an der Gestaltung der politischen Führung im Reich kennzeichnen wollen, so müssen wir feststellen, daß der NSDAP, nur von dem einen Bestreben geleitet ist, seine Unabhängigkeit von jeder Regierung, wie immer sie beschaffen sei, in vollem Umfange sicherzustellen.“

Die Gerüchte über eine Fühlungnahme zwischen Reichsregierung und Gewerkschaften haben sogar schon in der Unternehmerpresse geradezu grotesk anmutende Befürchtungen laut werden lassen. So ist die Kölnische Zeitung der Meinung, daß die planwirtschaftlichen und staatssozialistischen Ideen, die im Reichswehrministerium ansatzweise seien, als Grundlage für eine künftige Einigung angehen würden. Die Bemühungen der Reichsregierung um die Gunst der Arbeiter- und Gewerkschaftsfreie auf der einen und das staatspartikularistische Streben des Militärs auf der anderen Seite: beides Ziele auf Sozialisierungsmaßnahmen bei den Grundstoffindustrien oder doch zum mindesten auf Ausdehnung des Staatsbesitzes.

Im Unternehmertage ist man durch die Fühlungnahme zwischen Nationalsozialisten und Zentrum beunruhigt. Man fürchtet dort, daß der Gewerkschaftsflügel des Zentrums zwischen diesem und den Nazis den Weg zu einer Verständigung ebne. Der Deutsche, die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, bemerkt zu den Koalitionsverhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum, es geht jetzt um die Frage, ob der Reichstag und damit die Volkssouveränität mehr oder minder offen ausgefallener werde oder nicht. Die Entscheidung müsse jetzt fallen, bevor der Weg zu allerhand Experimenten beschritten werden könne. Der Reichspräsident werde einer Auflösung des Kabinetts Papen nichts in den Weg legen können und wollen, wenn eine Mehrheit des Reichstags in der Lage und entschlossen sei, eine stabile und starke Regierung zu fundieren und dafür die richtigen Männer zu präsentieren.

ausschmuges auf die öffentlichen Finanzen, die mit einer gesunden Finanzpolitik nicht mehr das geringste zu tun haben.

Die Pläne der Papenregierung tragen den Charakter des Abenteuerismus und des wirtschaftlichen Dilettantismus. Nur in einem sind sie klar: In der Vertretung des privatkapitalistischen Unternehmertums und im rücksichtslosen Lohnraub und der Drohung der Massenaufrüstung. Für die Arbeiterklasse und für die Gewerkschaften sowie für die Sozialdemokratie gibt es gegen dieses propagandistische Programm der Sozialreaktion nur eine Parole: **Schärfsten Kampf!**

Hitler will Hindenburg zur Demission zwingen!

Die A.S.-Korrespondenz schreibt: Von der informierten Seite geht uns zu den Auffassungen und Plänen im Lager der NSDAP, der nachfolgende Bericht zu — Wir geben diesen Bericht zunächst ohne Kommentar wieder, ohne uns mit allen seinen Einzelheiten zu identifizieren, jedoch auch ohne den Darlegungen uneres Gewährsmannes ihren hohen politischen Gehalt abzuspüren.

Unter dem ultimativen Druck der SA und der SS, organisierten radikalen Teile der NSDAP, — zwei Formationen, die zumindst seit Beginn dieses Jahres die Primärfunktion übernehmen und die politische Partei in die zweite Linie gedrängt haben — hat Hitler am 13. August die im Mai und im Juni mehrfach und feierlich gegebene Zusage für eine Beteiligung am Kabinett von Papen gebrochen und die „ganze Macht“ gefordert: als Gesandener der militärischen NSDAP, kam er zu der entscheidenden Konferenz nach Berlin, um — zunächst beauftragt und getrieben durch die maßgebenden Landesregierungen und ihren stützen Anhang — die politischen Interessen und Wünsche seiner inneren Gegner zu vertreten.

Man würde indessen die Ereignisse des historischen 13. August völlig verkennen, wenn man sie, soweit Hitler und die NSDAP, dabei handelnd eingegriffen haben, lediglich als Ausfluß des Größenwahns und der Verblendung wertet; es lag und liegt vielmehr der Taktik der Nationalsozialisten eine durchaus reale und — wir glauben, dies anzusehen gewisser in der Presse geäußerte Intuitionen mit besonderem Nachdruck betonen zu sollen — ernst zu nehmende Ueberlegung zugrunde.

Es hat zunächst der militärische Flügel der NSDAP, mit der Möglichkeit, wenn auch nicht gerade mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet, daß die Regierung von Papen dem Druck weicht und den Nationalsozialisten die Macht übergibt; im ersten Augenblick und bis zur Intervention durch Hugenberg scheint die Bereitschaft zur Kapitulation sogar vorgelesen zu haben. Der Kriegspan der NSDAP, baute sich jedoch auf den anderen Fall auf: man war vorbereitet auf die Abgabe des Herrn von Papen, zum mindesten des Reichspräsidenten, und rechnete damit; man ein, daß gewisse Kreise der Hitlerpartei hierbei mit dem plumpen Gedanken des illenalen Vorkohes gespielt haben, — in der Hauptsache aber hofft man noch heute, im weiteren Verlauf der am 13. August begonnenen Entwicklung die Demission Hindenburgs erzwingen zu können.

Die Nationalsozialisten beschäftigen sich bei der Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett von Papen (die Fraktion der NSDAP, will keine eigenen Anträge einbringen!) für desinteressiert zu erklären, notfalls den Reichstag wieder einmal zu verlassen, um hierdurch gleichzeitig der Pflicht zur Stellungnahme zu

den Sozialisierungsanträgen der SPD, die in den Reihen der NSDAP, größte Aufsehen erregt haben, zunächst entbunden zu sein. Vor allem aber hofft man, auf diesem Wege die Regierung und den Reichspräsidenten unter verstärktem Druck setzen und den Zermürbungsprozeß vorantreiben zu können. Daß der Reichskanzler diesen Plänen, die ihm nicht unbekannt sind, und von deren Ernsthaftigkeit er überzeugt sein dürfte, zu entgegen bestrebt ist, daß er durch eine Reichstagsauflösung zumindest Zeit gewinnen will, erwarten die Nationalsozialisten; sie rechnen sogar damit, daß die Neuwahl ihre Mandatsträger vermindern wird, zumal unter dem neuen Wahlmodus, zu dem die Reichsregierung einwilligt entschlossen zu sein scheint.

Diese Schwächung der NSDAP, aber wird, so rechnet man, keine entscheidende sein und der neue Reichstag wird keine arbeitsfähige Mehrheit weder für Herrn von Papen noch für irgend jemand sonst erbringen. Das jedoch bedeutet nach der Ansicht der Nationalsozialisten den endgültigen Bankrott der Politik Hindenburg-Papen.

Der Reichspräsident wird zum Rücktritt gezwungen sein, sofern er nicht schon vorher, falls Herr von Papen es unter Verzicht auf die rechtzeitige Reichstagsauflösung zu einer offenen parlamentarischen Niederlage kommen läßt, demissionieren sollte. — Als nationalsozialistischer Kandidat für die Reichspräsidentenwahl des Herrn von Hindenburg aber wird nicht Hitler, sondern der General von Cyp genannt; und für diesen, der in den letzten Wochen und Monaten in geradezu auffällender Weise im Hintergrunde belassen worden ist, hofft man sogar eine öffentliche Empfehlung durch Hindenburg und — was für den Wahlausgang entscheidend sein wird — das Parlament durch das katholische Deutschland zu erhalten.

Man gibt sich in den Reihen der NSDAP, keiner Täuschung hin, daß die Dinge nunmehr zur Entscheidung drängen, nachdem die parlamentarischen Erfolge die Begehrtheit der nationalsozialistischen Parteimitglieder und Wähler zur Siechtigkeit gesteigert haben; der Pakt zwischen Hitler, Hindenburg und Papen, dessen Vorhandensein nach anfänglichem Ableugnen am 13. August schließlich seitens der Regierung und seitens des Reichspräsidenten bestätigt werden mußte, hat tiefgreifende Rückwirkungen auf die Mitglieder der NSDAP, und das Schicksal der Sozialisierungsanträge der SPD, die von den Nationalsozialisten ein klares und eindeutiges Bekenntnis fordern, wird eifrig und neuen den Willen der Mitglieder Parteileitung diskutiert. Dies alles aber läßt die innere Berührung der NSDAP, und verhängt auch solche Wege, die gestern noch gangbar zu sein schienen.

Badisches Landes-theater Karlsruhe

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus

Spielplan vom 27. August bis 4. September 1932

Samstag, 27. August: Zum erstenmal: Der Graf von Luxemburg. Operette von H. W. Müller und Robert Bodanzky. Musik von Franz Lehár. 20 bis gegen 23 Uhr (2.60). — Sonntag, 28. August: Die Garbadsfürstin. Operette von Leo Stein und Bela Jenbach. Musik von Emmerich Kalmann. 19.30—22.30 Uhr (2.60). — Montag, 29. August: Der Graf von Luxemburg. 20 bis gegen 23 Uhr (2.60). — Dienstag, 30. August: Die Garbadsfürstin. 20—23 Uhr (2.60). — Mittwoch, 31. August: Der Graf von Luxemburg. 20 bis gegen 23 Uhr (2.60). — Donnerstag, 1. Sept.: Die Garbadsfürstin. 20—23 Uhr (2.60). — Freitag, 2. September: Die Weibin. 20—22.15 Uhr (2.60). — Samstag, 3. September: Zum erstenmal: Die Dubarry. Operette von Paul Knebel und R. W. Bellemont. Musik nach Carl Millöcker von Theo Wiedemann. 20 bis gegen 23 Uhr (2.60). — Sonntag, 4. September: Die Dubarry. 19.30 bis gegen 22.30 Uhr.

In Vorbereitung: „Unter Abend.“



Das ist die Salem-Fabrik

SALEM

Nur echt mit Firma
Gewicht 100 Cigaretten
in Papiergehäusen Dresden

Zufrieden sein
soll man, wenn man die Zigarette gefunden hat, die man als beste anerkennt.
Salem-Raucher sind daher eine unendlich große Schar von ständigen Anhängern der milden **SALEM 3 1/2**

Kampfziel und Kampfkraft

Auf dem Dortmunder Kongress des Deutschen Metallarbeiterverbandes standen am Mittwoch im Mittelpunkt der Beratungen ein ausführlicher und lehrreicher Vortrag Reichels über die Neuordnung der deutschen Wirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie und die Finanzlage des Verbandes.

Die Produktionsmittel der Industrie — führte Reichel aus — sind ungeheuer gewachsen. Das Gleiche gilt von der Leistung der Landwirtschaft. Dem steht aber nicht eine gleiche Zunahme der Absatzmöglichkeiten gegenüber, und daraus ergibt sich ein Widerspruch von einer Schärfe, wie ihn die Wirtschaftsgeschichte bisher nicht kannte. Die Schwerkraft der Wirtschaft wird vernichtet. Die Maschine, statt den arbeitenden Menschen zu Bedarfsgegenständen aller Art reichlich zu versorgen, droht ihn zu zerlegen — ein Bild, wie wir es aus der Charakterisierung der Frühjahrs- und Kapitalismus durch Karl Marx bereits kennen. Die Menschheit ist der Sklave blind wirkender gesellschaftlicher Kräfte geworden, und die Folge davon ist, daß 25 bis 30 Millionen Menschen in der Welt arbeitslos geworden sind.

Frühere Notzeiten beruhten auf dem Mangel an Lebensmitteln durch Missernten, epidemische Krankheiten und kriegerische Zusammenstöße. Missernten und Seuchen sind durch Wissenschaft und Technik überwunden. Der Krieg ist noch geblieben. Kapitalismus und Weltkrieg sind die Ursachen der gegenwärtigen Not. Das muß besonders hier im industriellen Herzen Deutschlands scharf betont werden. Das Unternehmertum an der Ruhr setzte sich ja stets mit besonderer Energie für die militärischen Rüstungen ein, und die faschistisch-reaktionäre Bewegung wird ideell und materiell vom Imperialismus unterstüzt.

Die Auswanderung als Abzugskanal für stark wachsende Bevölkerung in Deutschland belastet mit dem Zugang von 2 Millionen Arbeitern aus dem Mittelstand und der Rentnerschicht infolge der sozialen Umwälzung durch Krieg und Inflation den deutschen Arbeitsmarkt.

Wir stehen in der gewaltigsten wirtschaftlichen, staatlichen und sozialen Revolution aller Zeiten. Neue Wirtschaftsformen drängen mit Macht aus dem abbaureich gewordenen Kapitalismus. Bisher hat der Staat nur die Konkurrenz verhindert, also Wettbewerbsfreiheit. Dabei kann und darf der Staat nicht stehen bleiben, wenn er nicht selbst unter die Räder kommen will. An die Stelle gelegentlichen Eingreifens muß konstante und planvolle Wirtschaftspolitik treten. Diese Forderung erheben wir insbesondere im Namen der Millionen Arbeitslosen, die dauernder Not überantwortet bleiben, wenn nicht eine Umkehrung der Wirtschaft erfolgt.

Die deutsche Eisenerzeugung ist zur Zeit mit 34 Prozent, die Stahl- und Halbwalzwerke mit 30 Prozent ihrer Leistung von 1929 beschäftigt. Selbst wenn sich die Wirtschaftslage der Welt demnächst etwas bessern sollte, werden wir in Deutschland noch für längere Zeit mit einer Arbeitslosigkeit von mehreren Millionen Menschen rechnen müssen. Durch eine wirtschaftlich bessere Betriebsführung und eine vernünftige Preisgestaltung für Stahl- und Halbwalzwerke können 200 000 bis 300 000 Menschen mehr allein in der deutschen Metallindustrie beschäftigt werden.

Die Monopolschicht der Kartelle muß gebrochen werden, nicht durch die Abschaffung der Kartelle, sondern durch ihre Überführung in eine höhere Wirtschaftsform. Der Kapitalismus hatte ein Jahrhundert lang die Führung. Was hat er erreicht? Planlos hat er ungeheure Maschinenkräfte entwickelt. Die von den Gewerkschaften im Verein mit vorübergehender Sozialpolitik erwirkte Verbesserung der Arbeiterverhältnisse hat er entwertet und zum Teil zerlegt. Er weiß heute keinen anderen Ausweg mehr als wirtschaftliche und politische Diktatur, als Sklaverei in neuer Form, als neuen Krieg. Die Menschheit aber will vorwärts in eine neue bessere Welt.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Eisenindustrie, für die Reichel in seinem Vortrag eine wirkungsvolle Begründung gab, fanden die Zustimmung des Verbandstages.

Reichels Vortragsweise war für die Opposition ein neuer Anlaß, eine ellenlange Entschleifung einzubringen, in der die Politik des Verbandsvorstandes als „Missionspolitik“ kritisiert und die Absicht von dieser Politik gefordert wird.

Die Beratung der Anträge zur Sanierung der Verbandsfinanzen wurde vom Kassierer Schott mit aufmerksam verfolgten Ausführungen eingeleitet. Er legte die Notwendigkeit der Änderung der Bestimmungen über die Unterstützung der Arbeitslosen dar. Seit dem Beginn der Krise habe der Metallarbeiterverband 34 Millionen Mark mehr ausgegeben als eingenommen. Der Vorstandsvorsitzende schlug eine Staffelung der Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung nach Beitragsjahren vor. Die Bezugsdauer solle nicht mehr generell 15 Wochen betragen, sondern je nach der Zugehörigkeit zur Organisation 7 bis 12 Wochen. Die Karenzzeit zum Wiedererwerb von Erwerbslosenunterstützung bitte der Vorstandsvorsitzende von 72 auf 92 Wochen zu erhöhen. An der Höhe der Erwerbslosenunterstützung solle nichts geändert werden. Bei allen anderen Unterhaltungsleistungen, mit Ausnahme der Unzulage- und Reiseunterstützung, die etwas gekürzt werden sollten, ersuche der Vorstand die Delegierten, von Änderungen Abstand zu nehmen. Für den Fall, daß bis zum nächsten Verbandstag die finanzielle Lage der Organisation rasche Maßnahmen zur Bilanzierung von Einnahmen und Ausgaben erforderlich mache, erbitte der Vorstand die Vollmacht, zusammen mit dem erweiterten Beirat die notwendigen Beschlüsse fassen zu dürfen.

Diese Ermächtigung wurde vom Kongress erteilt. Ebenso wurde der Vorschlag des Vorstandes für die Neuordnung der Erwerbslosen- sowie der Reise- und Unzulageunterstützung angenommen. Der Beitrag bleibt unverändert. Die Anträge auf Verminderung der Unzulageunterstützung werden mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, erst mehr Erfahrungen zu sammeln, abgelehnt, desgleichen die auf jedem Verbandstag wiederkehrenden Anträge auf Einführung der Berufswahl. Die Beschwerde eines Nationalsozialisten über seinen Ausschluss aus dem Verband wurde aus prinzipiellen Gründen abgewiesen.

Der Verbandstag hat am Donnerstag mit verschiedenen Änderungen des Statuts seine Beratungen abgeschlossen. Angenommen wurde ein Antrag des Vorstandes, daß solche Personen vom Beitritt ausgeschlossen sind, die einer Vereinigung angehören, deren Beziehungen und Tätigkeit im Widerspruch zu den Verbandszielen stehen. Der Vorstand bestimmt nach Anhörung des erweiterten Beirats, auf welche Vereinigungen diese Bestimmung Anwendung findet. Damit sollen Sicherheiten geschaffen werden, um den Beitritt von Angehörigen gewerkschaftsfeindlicher Vereinigungen zu verhindern und einen Ausschluss zu ermöglichen, wenn — nach einem gleichfalls angenommenen Ergänzungsantrag — der Aufforderung der zuständigen Verbandsstelle, aus einer verbandsfremden Vereinigung auszutreten, nicht entzogen wird.

Ein Antrag, die Aufnahme erwerbsloser Metallarbeiter auch statutarisch festzulegen, wurde als überflüssig abgelehnt. Ein Antrag des Vorstandes, daß die Erwerbslosen, die Arbeitslosheitsbescheinigungen erhalten, erwerben, verkaufen oder sich an Gewerkschaftsfunktionären oder ähnlichen Unternehmungen beteiligen, vorher zur Sicherung der Güter des Verbandes sich an den Vorstand wenden müssen, wird angenommen.

Eine größere Debatte entstand bei einem Antrag Hamburgs, die Wahl der Mitglieder der Ortsverwaltung nicht alljährlich,

sondern alle zwei Jahre stattfinden zu lassen. Die Absicht war, die Wahlen zu den Ortsverwaltungen in gleicher Weise wie die Wahlen zu den zentralen Verbandsstellen erfolgen zu lassen. Auch die Amtsdauer der Vertreterversammlung sollte ebenfalls 2 Jahre betragen. Bei der namentlichen Abstimmung wurden die Anträge mit 214 gegen 63 Stimmen abgelehnt. Alle Anträge an den Verbandstag müssen in Zukunft von einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung gestellt werden.

Das neue Statut gilt vom 2. Oktober an. Den Kassierern wurde Entlastung erteilt. Die Wahlkommission schlug in Anbetracht der schwierigen Lage die Wiederwahl des Vorstandes, der Schriftleitung und des Vorsitzenden des Verbandsausschusses vor. Sie erfolgte fast einstimmig. Nach dem

Bericht der Rechnungs-Kommission hat der Vorstand einen Ausbau der Gehälter vorgeschlagen, der sie auf 75 Prozent der Karlsruher Beschlüsse festlegen soll. Die Rechnungs-Kommission war für einen Abzug von nur 20 Prozent. Nach langer Debatte wird in namentlicher Abstimmung der Antrag der Rechnungs-Kommission mit 153 gegen 115 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage des Vorstandes wird ohne Debatte angenommen. — Die Bestimmung des Tagungsortes für den nächsten Verbandstag wird dem Vorstand überlassen.

Riktor Stein-Bien dankt namens der ausländischen Delegation dem D.M.A. für die Gastfreundschaft. Im Metallarbeiterverband erklärten die ausländischen Metallarbeiter ein Unterpfand ihres Aufstieges. Unter stürmischer Beifall rief Stein im Hinblick auf die Genfer Beschlüsse für Deutschland: „Jetzt erst recht Anschluß an Deutschland, und zwar aus proletarischem Klasseninteresse!“ Reichel schloß mit dem Aufruf an die Metallarbeiter zu aktiver Arbeit im Verbandstag. Mit dem Freizeitsruf nahmen die Delegierten Abschied.

Freistaat Baden

Aus dem Hitlerlager

Ein Parteifreund berichtet uns:

Von einem ehemaligen SA-Mann geht mir folgendes Schreiben zu, das uns Einblick in die seelischen Konflikte derer gibt, die noch in der Lage sind, frei zu denken und zu urteilen. Der Mann schreibt u. a.: Das seelische Prinzip jeder gesunden Jugend ist der kämpferische Wille nach Gestaltung und Verbesserung aller Lebensumstände. Dieses Prinzip ausgenutzt zu haben, sei das Können des Nationalsozialismus, allerdings nicht nach der guten Seite hin. Wo Beziehung zum Guten einleiten sollte, wurden tierische Instinkte gemocht, guter Kampfesmut zur Kaufkraft erzoogen. Klare Wissen zu einseitiger Härte entwickelt. Wo ist die vielversprechende Freiheit deutscher Jugend? Wo die Erfüllung der Töche: Arbeit und Brot? Nur Peinliche und Zwangsarbeit fehlt und ein großes Karrenhaus besteht zu Recht. Denn wie könnte denn ein deutscher Arbeiter, dem Lebensamerade, dem auf gleicher sozialer Stufe stehenden Proleten Mord und Tod androhen, ihn bekämpfen, nur weil er nicht auf das Salenkreuz schwört. Hätte man ebenso jene, die den heutigen Vorkriegs verurlichen, Militaristen und Kapitalisten, den Tod schmecken lassen, anstatt verbotenen Arbeitern, dann würde ein Himmel der Freiheit über Deutschland blauen.

Aus seinen persönlichen Erlebnissen schildert der Verfasser manche Vorkommnisse, aus denen zu ersehen ist, wie die SA, betrogen, belogen und gegen Andersdenkende aufbeist wird. Appell reißt sich an Appell, Bereitschaft, Alarm usw. wehst ab. Angriffe und Überfälle der Eisernen Front und Kommune, die nie geplant, seien zu erwarten, Tag und Nacht in Bereitschaft. Abends sind dann Umhungen und Märsche besonders zur Zeit der Reichspräsidentenwahl. Verfasser schreibt darüber: „Als lang das Blut vor Kampfgeister, einige hatten Schüttelfrost, wohl Angstschweiß. Ein fieses Wundern kam uns erst, als eine bessere Herrschen von den Vermögenden sich heurlauten und sich vor Ablauf von vier Tagen nicht mehr leben ließen. Wir aber wachten und hungerten, wir wählten und moagten, schlüfen uns als Soldaten und Ketter eines sterbenden Volkes und waren doch nur Statisten und Schiller einer lächerlichen Weltanschauung. Es wurde abgebläut; Propagandaarbeit, ermüdende Umhungen folgten, bis die Fämmchen erwachten Mithraus wieder erstickt waren im Kommunisten. Ich war belläugig geworden, prüfte die Führer und Förderer meiner näheren Umgebung, alles Fabrikanten, ehemalige Offiziere, stets solche, die nur gewinnen konnten. In mir ärrte es, aber noch war ich nicht reif, die Konsequenz zu ziehen. Noch fühlte ich blutigen Nebel mahloher Verbeugung, noch sah ich trotz der ausbeuterischen Taktik Einzelner, im Gansen den reinen Idealismus. Wie käufste ich mich! Gemeinart geht vor Eigennutz! Herrliche Worte! Aber Mühe, nur Mittel zum Zweck. Das Volk ist die Waffe in den Händen der Snetulation, die SA im besonderen, Kanonenfutter zur Erreichung der Machtstellung eines Häufleins faßtsüchtiger Redner. Heer sucht ihr umsonst bei den Führern, ihr findet nur vom Macht-hunger zersetzende Salenkreuze. Arbeiter, besinne dich! Du wirst mißbraucht zu eigenmächtigen Zwecken angeblicher Führer, die in dir nur das Mittel zum Zweck sehen, denen du nichts gibst und von denen du auch nichts zu erhoffen hast, als die Peinliche und Knechtung, wenn sie an die Macht kämen.“

Warum fehlen die Ausländer?

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverband hat durch eine Kundfrage über den diesjährigen Besuch in den deutschen Bädern interessante Aufschlüsse erhalten, die mit aller Deutlichkeit zeigen, daß nur die Wiederherstellung des politischen Vertrauens zu Deutschland den Ausländerverkehr in den deutschen Kur- und Bäderorten zu beleben vermag. Im allgemeinen ist der Besuch der deutschen Bäder in diesem Jahre sehr schlecht. Nur wenige Bäderorte können einen gegenüber dem Vorjahre gesteigerten Verkehr melden, so z. B. Badenweiler, St. Blasien, Bad Finsberg und noch einige wenige kleine, nicht ausschlaggebende Orte. Die meisten Bäderverwaltungen führen den ganz erheblichen Ausfall auf die gespannte innerpolitische Lage zurück. Die ausländischen Gäste haben sich fast gänzlich zurückgezogen, vor allem die Amerikaner, Engländer, Franzosen und Italiener. Dagegen sind die französischen Kurorte, Seebäder und Touristengebieten von Ausländern überhäumt. Der Ausländer verabsieht es eben, sich in den Strudel der Hit-

An unsere Leser!

Lohnunterschieden in unserem Betriebe führten am Samstag zur Arbeitsniederlegung des technischen Personals. Unsere Zeitung konnte deshalb am Samstag und am Montag nicht erscheinen. Der Verlag hat am Samstag alle Anordnungen getroffen, um jeden Leser im gesamten Verbreitungsgebiet über das Nichterscheinen der Zeitung zu unterrichten. Das ist dem Verlag dadurch unmöglich gemacht worden, daß der Verband und das Ausstragen dieser Genossenschaft verweigert worden ist.

Im Verlaufe des Montags haben Besprechungen zwischen der Vertretung des technischen Personals und den in Frage kommenden Parteinstanzen zu einer vorläufigen Vereinbarung geführt. Auf Grund dieser Vereinbarung hat das technische Personal am Montagabend beschlossen, heute die Arbeit wieder aufzunehmen.

erei hineinziehen zu lassen, der zunehmenden Faschisierung Deutschlands bringt er Abneigung entgegen und meldet ein Land, das sich mehr und mehr unformiert und den politischen Kampf in der Hauptsache mit Schlägring und Revolver durchführt. Das Wüten des italienischen Faschismus gegen die valutabringende Fremdenwelt in den ersten Jahren seiner Herrschaft lehrt ab.

Da nun auch der deutsche Anteil der Belegerszahl in unserer Arbeiterfront — trotz aller schönen Statistiken — ganz außerordentlich zurückgegangen ist und sich hauptsächlich auf einen wenig einträglichen Passantenverkehr reduziert, während die wirklichen Kurgebräucher als Dauergäste fast ganz ausfallen, ergibt sich in allen mit dem Fremdenverkehr zusammenhängenden privaten städtischen und staatlichen Betrieben ein sehr trübes wirtschaftliches Bild. Hier hat man seit Jahren zu viel veräußert, um nimmehr dem Wirbelschmerz des kapitalistischen Niederganges auch nur entfernt ausgleichend begegnen zu können.

Wie Nazis gegen Waldarbeiter handeln

Von einem Parteigenossen wird uns geschrieben:

Vor einigen Tagen lehrte ich von einer achtstägigen Wandertour aus der Gegend um Bühl zurück. Während meiner Wandertour konnte ich verschiedentlich Beobachtungen, oft nicht erfreulicher Art, machen. Vor allem haben mir die Waldarbeiter aus den verschiedenen Orten, die ich da und dort traf, darüber geklagt, daß ihre Lage sich seit der Zeit, in der in einer Reihe von Gemeinden die Nationalsozialisten das Selt in der Hand haben, ungemein verschlechtert habe. Die nationalsozialistischen Bauern als Gemeinderäte bräuten sie in ihren Wäldern, wo immer nur anständig. So z. B. traf ich eine Gruppe von 5 armen Holzarbeitern, die während der Woche, von ihren Familien getrennt, im Wald kampieren müssen. Trotzdem sie im Afford arbeiten, hat man mit ihnen nicht genau vereinbart, wie viel Brennholz, Stangenholz und Langholz gefüllt werden müsse. Früher sei dies genau festgelegt worden, jetzt hätten sie von Mai bis Ende Juli im Afford nur 45,5 Ma die Stunde verdienen können und zwar deshalb, weil die Hälfte des gefällenen Holzes Brennholz war. Beim Schlagen von Stangenholz verdienen sie im Afford 30—33 Ma die Stunde. Man muß bedenken, daß die Leute, weil sie gewohnt sind, die ganze Woche auf der Höhe zu nächtigen, da der Weg zur Arbeitsstelle 3/4 Stunden (einfach) beträgt, doppelte Haushaltung zu führen haben. Sie müssen ferner ihr Werkzeug im Wert von 60 bis 80 M selbst stellen. Eine Vergütung für Werkzeugabnutzung wird nicht bewährt. Die Umhungen für Aelder und Schube ist sehr stark. Sie haben einen Ausfall von vielen Regenagen, sind sämtliche Familienväter mit 2 bis 5 Kindern und müssen täglich 10 bis 11 Stunden arbeiten. Am Wochenende bringen sie, da sie für sich selbst bei aröhter Sparsamkeit 15 M verbrauchen, für die Familie noch etwa 10 M nach Haus. Von dem Lohn gehen auch noch Beiträge für Soziallasten ab, was monatlich 14 M ausmacht. Der Gemeinderat jenes Ortes besteht aus 5 Nationalsozialisten und 3 Zentrumseuten. Die Gemeindefinanzen im Orte betragen 26 Ma, hieraus kommen noch 11 Ma Kreisumlage. Schulden hat die Gemeinde nicht.

So arbeiten die Nazis, wo sie die Mehrheit im Gemeinderat in jener Gegend haben. Vorherum reisen sie das Maul weit auf und versprechen, wenn man ihnen nur ans Ruber verfallt, den Arbeitern eine bessere Lebenshaltung. In Wirklichkeit aber quetschen sie, wie dieser Fall und noch eine Reihe ganz ähnlich gelagerter Fälle aus der Wälder Gegend beweisen, den Arbeiter bis aus dem Blut aus. Es fängt in jener Gegend schon zu dümmern an.

Gar mangelnd, der fürzlich noch nationalsozialistisch gewährt hat, dürfte dies heute nicht mehr tun, ganz einfach deshalb, weil die Erfahrung zeigt, daß die Nationalsozialisten keine Menschen sind, die es mit dem arbeitenden Stand auf meinen und weil ferner durch die Praxis jetzt erwiesen ist, daß sie die Arbeiterschaft nur drücken wollen.

Soziale Rundschau

Ausbeutung landwirtschaftlicher Arbeiter

Die landwirtschaftlichen Arbeiter gehören wohl seit jeher zu denjenigen mit den niedrigsten Löhnen und der längsten Arbeitszeit. Seit langen Jahren sind nun die Löhne durch Tarifverträge, die Arbeitzeit durch Gesetz (vorl. Landarbeitersordnung) geregelt. Doch es gibt Betriebsinhaber, welche sich einen Teufel um Tarifvertrag oder Gesetz kümmern, wenn es sich um die Arbeitnehmer handelt, hinsichtlich der bei der Bemessung ihrer Produktionspreise sehr wohl die Tarife, ja vielfach begründen sie ihre Produktionspreise mit den „hohen“ Arbeiterlöhnen.

Zu diesen Landwirten scheint auch das Schloßgut Amalienberg bei Gaggenau zu gehören. Der Gutspächter bezahlt seinen Arbeiter pro Woche 6 M anstatt, wie tariflich festgelegt, 12,10 M. Der Tagelöhner 23 Ma pro Stunde, anstatt 45 Ma. Der Metallarbeiter für eine sechsstündige Sonntagsarbeit ganze 100 Ma. Die beschriebenen Löhne kenne also fast um 50 Prozent unter den an und für sich sehr niedrigen Tariflöhnen. Für seine Milch verlangt der Betrieb aber 30 Ma, also den Höchstpreis, den es überhaupt in Baden gibt. Für eine Arbeiterwohnung 30 M, welche in der Stadt keine 20 kosten würde. Die Arbeitermieten müssen das Wasser welches im Betriebe gefast ist und in Hülle und Fülle vorhanden ist, extra bezahlen. Für ein kleines Stück Gartenland werden 12 M berechnet.

Jedoch wir wollen Gerechtigkeit walten lassen. Daß diese Zustände so sind, daran ist ja der Arbeitgeber allein nicht schuld, schuld sind auch die Arbeitnehmer, welche glauben, ohne die Organisation auskommen zu können. Nichts zu machen. Nur der Deutsche Landarbeitersverband schützt vor Ausbeutung.

Spiel mit der Verfassung

Von Staatsanwalt Dr. Wilhelm Soegner, München, W. d. R.

Die Verfassung, den Wortlaut und Sinn der Weimarer Verfassung in der Gegenwart zu verstehen, nehmen immer seltenere Formen an. Mit immer bedenklicheren Mitteln wird es unternommen, das Wesen dieser Verfassung nichtig zu machen und dafür die Stellung des Reichspräsidenten, der in der Verfassung als Träger, sondern nur als Vermittler des Staatswillens erscheint, zu der eines absoluten Herrschers zu erheben. In einem offenbar aus dem Büro des Reichspräsidenten hervorgegangenen Aufsatze „Präsident-Rabbiner“ (vgl. Hoff. 3. H. Nr. 394 vom 17. August 1932) wagt man sogar die Behauptung aufzustellen, daß der Reichspräsident auf Grund seines Eides auf die Verfassung eine Parteiregierung überhaupt nicht aufstellen dürfe! Bewußt oder unbewußt werden hier die Begriffe „Parteilichkeit“ und „Parteilosigkeit“ durcheinander geworfen. Man arbeitet mit einem Götzen der „Unparteilichkeit“, d. h. der Unparteilichkeit und innerlichen Unabhängigkeit von Partei, Erziehung, Lebensanschauung und Weltanschauung, den es nur noch in den bestimmten anmaßenden Deutungen gibt, die es immer verstanden haben, ihr Parteinteresse mit dem Staatsinteresse gleichzusetzen und dadurch beste parteipolitische Geschäfte zu machen. Man unterstellt jedem Parteigänger, daß er wegen Zerstörung auf ein Parteiprogramm nicht in der Lage wäre, „unparteilich“, d. h. gegen auch gegen Andersdenkende zu sein.

Noch merkwürdiger muten die Auslassungen an, die man der gegenwärtigen, angeblich überparteilichen, Reichsregierung von Seiten auf den Leib geschrieben hat. Diese Regierung ist bekanntermaßen unmittelbar von dem Willen des neuen Reichstages hergeleitet. Um ihr gleichwohl den Fortbestand zu ermöglichen, wird behauptet, der Sturz dieser Regierung durch eine Mehrheit von Parteien, die nicht erwünscht und in der Lage seien, sich selbst zu gemeinsamer positiver Arbeit zusammenzuschließen, habe zur natürlichen Folge (1) die Entlassung der amtierenden Regierung als geschäftsführendes Kabinett oder „die Neubildung einer Regierung, die dem verfassungsmäßigen Erfordernis der Unparteilichkeit genügt, ohne Rücksicht auf die Mehrheitsverhältnisse des Reichstages“ (1). Eine solche Regierung ist nicht Willkür, sondern der verfassungsmäßige (1) Ausweg aus einem durch Verfehlung des Reichstages herbeigeführten Notstand (1).

Solche Verfassungsverrentungen sind aber noch ein Kinderpiel neben dem, was in einem wohl aus der gleichen Quelle stammenden Aufsatze in der Thüringer Allgemeinen Zeitung gestanden hat. Dort wird als rettender Ausweg für das Kabinett von Papen empfohlen, „durch technische Einschaltungen in die Geschäftsordnung des Reichstages die Volksvertretung praktisch beschließen zu lassen“. Der Reichspräsident könne durch Rechtsverordnung eine Bestimmung in die Geschäftsordnung bringen, daß bei der Beratung über einen Mißtrauensantrag ein Bevollmächtigter des Reichspräsidenten anwesend sein müsse. Dieser Bevollmächtigte würde aber dann nicht ernannt werden.

Man weiß mirzlig nicht, ob bei einem solchen Vorschlag dumme Parteigläubigkeit oder verwerfliche Rohheit Platz gefaßt hat. Dem Reichspräsidenten zumuten, sich auf solche Mänschen einzulassen, wäre eine Verleumdung seines Amtes und seiner Person. Von allem andern abgesehen, scheidet dieser Vorschlag schon deshalb aus, weil sich der Reichstag nach Artikel 26 Abs. 1 selbst eine Geschäftsordnung gibt, für eine Rechtsverordnung des Reichspräsidenten also kein Raum besteht. Auch die Neubildung einer Regierung ohne Rücksicht auf die Mehrheitsverhältnisse des Reichstages, d. h. ihre hier wohl gemeinte Regierung nach einem angenommenen Mißtrauensantrag des Reichstages zurückzutreten, wäre angesichts der Bestimmung des Artikels 54 Abs. 1, daß Reichskanzler und Reichsminister zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages bedürfen, ein glatter Verfassungsverstoß. Schließlich darf auch ein „geschäftsführendes Kabinett“ nach der Weimarer Verfassung keine Dauererichtung werden. Das Reichskanzler und Reichsminister nach ihrem Rücktritt zunächst die Geschäfte weiter zu führen haben, ist von der Verfassung stillschweigend vorausgesetzt. Ebenso selbstverständlich ist aber die Pflicht des Reichspräsidenten, als bald eine neue Regierung zu ernennen. Gleich ist der Reichspräsident zunächst nicht verpflichtet, eine dem Reichstag genehme Regierung zu ernennen, er kann den Reichstag auflösen und dem Volke die Entscheidung über die Streikfrage überlassen. Nur die Dauer oder kann er dem Reichstag eine diesem nicht genehme Regierung nicht aufzwingen. Die Weimarer Verfassung ist auf der Zusammenarbeit der beiden obersten Staatsorgane, Reichstag und Reichspräsident, aufgebaut. Wenn dieses muß die Volksvertretung obliegen, denn, wo die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, ist der Wille des Volkes das oberste Gesetz.

Die tatsächlichen und von Parlamentarismuskennern noch übertriebenen Schwierigkeiten der heutigen verfassungspolitischen Lage sind in Meinungen und Voraussetzungen der Schöpfer der Weimarer Verfassung begründet, die sich leider als irrig herausgestellt haben. Man hat in Weimar angenommen, daß durch das Verhältnismäßigkeitsprinzip, das „gerechteste aller Wahlrechte“, die Bildung eines verfassungspolitischen Willens nicht wesentlich erschwert würde. Mit der Zeit ist das Gegenteil dieser Annahme eingetreten. Durch das Verhältnismäßigkeitsprinzip und die dadurch bedingten Koalitionsbildungen ist die Staatsführung vielfach uneinheitlich und unsicher, schwankend geworden, an Knochenmark erkrankt. Kleinste Parteien haben zum Schaden des Staates nicht selten eine ausschlaggebende Schlüsselstellung erlangt. Durch die Verwässerung der Grundzüge einer Partei in der Koalitionspolitik ist das Aufkommen radikaler Gruppen begünstigt worden. Noch schlimmer hat sich der Umstand ausgewirkt, daß man in der Weimarer Verfassung feinerer Sicherungen gegen grundgesetzliche Gegebenheiten des Staates getroffen hat. Man hätte die unbedingte Gegenseitigkeit gegen den Geist und die Grundgesetze der Verfassung von der Betätigung in der Volksvertretung ausschließen und auf den Weg des Verfassungsveränderungsreferendums verweisen können. Man hätte zwischen der Verfassungsänderung und Verfassungsvernichtung unterscheiden und die letztere einer neuen verfassunggebenden Versammlung überlassen müssen. Dann wäre der groteske Zustand vermieden worden, daß alsbaldige Gegner des Parlamentarismus in deutschen Volksvertretungen eine Mehrheit besitzen. Dann könnten sich nicht Leute als Herren des Parlamentes aufspielen, deren Betätigung an einer solchen Institution nur den Sinn einer „Kampfbühne“ zu deren Zerstörung besitzen kann“. (Hilfer: „Mein Kampf“, Band I, Seite 366).

Die Unterlassungsgeboten zu folgen ist es heute zu spät. Man kann nur hoffen, daß der gesunde Sinn des deutschen Volkes sich gegen die aktuellen, oder besser gesagt, ungeliebten Vorzeichen der Weimarer Verfassung nicht verblenden und auch von gewanten Spielern mit der Verfassung ein unheilvolles Ende vermeiden wird.

Das Thüringer Meer

Die Eislochspitze im oberen Saaletal

Nirgends hat der Schöpfungswille über Thüringen so viel Schönheit gebreitet wie über das obere Saaletal. In tiefen, steilen Schluchten schlängelt sich der Saale blaues Band zwischen schwingenden Bergen. In immer neuen Schleifen, als wolle sie ihren Lauf absichtlich verlängern, um nicht so rasch von so viel Schönheit scheiden zu müssen. Tausendjährige Burgen, altertümliche Städte spiegeln sich in ihrem Wasser. Ueberall dehnen und weiten sich in schier unermeßlicher Fülle die prächtigen dunklen Tannenwälder, durch die man das Märchen wandeln zu sehen meint.

Durch die Stille dieses Waldberggartens klingt seit mehreren Jahren das Lied der Technik, hart und zielbewußt. Und seine erbatungslosen Schläge hallen donnernd zurück von steilaufragenden Felsen. Die Menscheneinigkeit dieser Wälder ist dahin. Wo sie für die Natur die Stille der Einsamkeit, das die neue Zeit unerbittlich fordert. Schleichend, die Stadt der Dreizehner, das waldbäumerte Lobenstein, über dessen Gassen sich trug die alte Saaleburg empor, sind die beiden Ausfallstore für die Wälder, die „das Thüringer Meer“ werden und wachsen leben wollen: das gigantische Werk, das seiner Vollendung entgegen geht: Die Eislochspitze, des europäischen Festlandes größte Talperre



Die gedeckte Saalebrücke bei Saalburg

Ein Riesenschiff, dessen erster (kurz vor der Vollendung stehender) Bauabschnitt mit rund 34 Millionen Mark veranschlagt ist. Neben dem Reich und den Ländern Preußen, Thüringen und Sachsen treten sich führende Elektrizitätsgesellschaften zusammen, um dieses seit langem geplante Werk zu verwirklichen. Außer der Gewinnung von elektrischer Energie soll es die feste Hochwasserstraße im mittleren Saaletal dienen, zugleich aber auch der Anreicherung der Erde und des Mittellandkanals dienen. Besonders durch dieses letzte Moment gewinnt die Sperrt Bedeutung für das ganze Reich.

Schon rauen sich hinter der 65 Meter hohen Cyllonenmauer, die wichtig das Eisloch (die schmalste Stelle des Saaletales) in einer Länge von 225 Meter abschießt, die Kluten. Bis an die 60 Meter hoch ist bereits hoch. Ueber 400 Meter lange Abbaustollen hat man durch die Granitfelsen des Westberges getrieben, um die Saale abzuleiten und die Arbeiten zum Kräftwerk zu erleichtern. Die Saale wird durch die Erbauung der Sperrmauer geführten Druckrohrleitungen geleitet. Im Herbst hofft man auch mit diesem Abschnitt fertig zu sein.

Die neue Zeit greift nach der alten Schönheit. Noch wandert man durch das idyllische Tal. Aber auf neuen Pfaden; denn die alten sind im Staube verschwunden. Und mit ihnen so vieles, das Menschen Glück und Heimat war. Ueber 600 Bewohner, die seit Generationen auf inmitten mit der heimatischen Scholle verbunden waren, mußten Haus und Hof verlassen und sich anderweit anziehen, die Welt alles im Staube verlor. Neben 105 Wohnhäusern und fast 40 gewerblichen Betrieben sind 900 Hektar wertvolles Kulturland, das Arbeit und Brot gab, für immer verloren. Und mit ihm wertvolle Kulturbücher und Kulturwerte, um die Geschichte und Sage ihr buntes Band woben.

Mit stiller Wehmut denkt der Naturfreund der unbeschnittenen, idyllisch im grünen Saaletal gelegenen Mäulen, die vielen Wanderer und Kämpfer waren. Ihr Mühlrad ist auf ewig verstummt. Verschunden die alten romantischen, gedeckten Holzbrücken, die

sich bei Saalburg, Sarra und dem romantischen Schloß Burgl über der Saale altherbes Band spannten. Ueber bedeutende Eisenerzlagern und über die Brüche der Saalburger Marmorwerke, die den kostbaren, weltbekanntesten meergarünen Marmor lieferten, rauschten die Kluten.

Unabhängig seien die Wasser und greifen nach Weiden und Feldern, Straßen und Dörfern. Es liegt wie ein tiefes Weh über der



Bad Lobenstein

Landschaft. Trauer und Erstaunen vor dem großen See, der alles verschlingt.

Die Romantik des oberen Saaletales ist dahin. Eine neue Zeit, nüchtern und sachlich, hat begonnen. Und die Zukunftsaussichten, die sie eröffnet, mildern die Trauer über das, was verschwand. Neue Eisenbahnverbindungen und prächtige Autostraßen sind entstanden. Imposante Betonbrücken schwingen sich über den See. Aus dem alten verträumten Saalburg, dem Mittelpunkt des Eislochsperrengebietes, ist ein Verkehrsmittelpunkt ersten Ranges geworden. Moderne Gaststätten und Tankstellen sind wie Pilze aus der Erde gewachsen. Und eine reizvolle Siedlung auf luftiger Höhe



Blick auf Schloß Burgl

ist die Bewohner der vielen Häuser, die drunten im See blieben. Aus dem alten Bann, das sich auf vielen Hängen aus dem Saaletal erhob, wach die moderne, verkehrsgewohnte Stadt am See, um den ringsum blaumarmende Wälder in jeltener Pracht rauh.

Selten hat ein Landschaftsbild sich in menschen Jochen so gemandelt wie hier. Der Zulkrom begeisteter Fremder, die dieses Riesenschiff, das Menschengeist und Menschenhand schuf, wachst von Tag zu Tag. Die Nachtrage nach Landhäusern inmitten dieses neuen, eigenartigen Seebalns ist stark. Schon gleiten Seeböden wie weiße Schwäne über die gemaltige Fläche, die bereits 213 Millionen Kubimeter umgibt soll. Die Kluten steigen und wachsen. In ein bis zwei Jahren wird über 28 Kilometer das Wasser leuchten und gleiten. Und Hufe Motorboote werden die glatten Spiegel dieses Sees durchfurchen, des größten und landschaftlich schönsten im ganzen Vaterland. Dr. Heise

Kleine bad. Chronik

Schon wieder ein Brand in Vandschaulen

Am Sonntagabend brach in einem Anbau des Anwesens des Landwirts Kreier ein Brand aus, der das Anwesen und das anliegende der Frau Anna Neubinger stehende Gebäude mit samtlichen Erntevorräten und teilweise sogar das Mobiliar vernichtete. Die Höhe des entstandenen Schadens wird mit ca. 25 000 Mark beziffert.

Dies ist nun schon der dritte Brand in Vandschaulen in nahezu sechs Tagen! Man vermutet, daß auch diesmal wieder Brandstiftung vorliegt. Landrat Dr. Bestold erschien an der neuen Brandstätte.

Wie bekannt wird, sind nunmehr drei Verhaftungen erfolgt, und zwar ist der eine der Verhafteten, der nach Sinheim ins Untersuchungsgefängnis übergeführt wurde, der Landwirt Anton Kreier, zwischen dessen Wohnhaus und Scheun das Feuer anfieng. Inwiefern der Verhaftete der Brandstiftung gerechtfertigt ist, wird die Untersuchung ergeben. Der Gebäudes- und Fahrnis Schaden des letzten Brandes beläuft sich auf etwa 40 000 Mark. Der Gesamt Schaden der drei Brände, die sich innerhalb der letzten sechs Tage ereigneten, wird auf 180 000 bis 200 000 Mark geschätzt.

Erschwerend wirkte bei den Sacharbeiten der Umstand, daß die Gemeinde keine Wasserleitung besitzt und der Dorfbock nur einen sehr geringen Wasserstand aufwies, während die Brunnen zum Teil verlagten.

Töblicher Verkehrsunfall

Schwefingen, 28. Aug. Auf dem Rheinauflaß in Kohrhof bei Brühl wurde der 66 Jahre alte Küfer Ebinger, der auf einem Fahrrad fuhr, von einem Mannheimer Lastauto so schwer angefahren, daß er bei dem Sturz schwere Verletzungen erlitt, denen er bald darauf erlegen ist.

Offersweier (Amt Büß), 28. Aug. Radfahrender Student vom Auto erfasst und getötet. Bei dem Versuch, einen

Lastwagen zu überholen, wurde bei der Lindenkirche der 21jährige Student der Ingenieurwissenschaft Dephlipp aus Velbert (Rheinland) von einem entgegenkommenden Auto erfasst und so schwer an Kopf, Armen und Unterarm verletzt, daß alsbald der Tod eintrat. Der bebauerte junge Mann wollte per Rad nach Freiburg fahren zum Besuche seiner dort studierenden Schwester.

Kehl, 28. Aug. Serfischlag beim Baden. Gestern abend wollte der des Schwimmens unkundige 20 Jahre alte Goldschmied Kurt Kitting auf Worsheim-Brückchen, der sich auf Wandschaulen befand, im Zuleitungsanal zum Elektrizitätswerk ein Baden nehmen. Er schritt langsam in das Wasser, tat plötzlich einen Schrei und ging unter vor den Augen seiner beiden am Ufer stehenden Wandschauler Kameraden. Sofort einsetzende Rettungsversuche waren ohne Erfolg. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Scherzheim, 28. Aug. Kein Ruhegehalt für den Bürgermeister. Der Bürgerausschuß hatte sich erneut mit der Frage der Gehaltsanprüche des neuen Bürgermeisters zu befassen. Beschluß zu fassen war noch über das Ruhegehalt des Bürgermeisters, wie die Gemeindeordnung es vorseht. Der Bürgerausschuß hat das Ruhegehalt in seiner Gesamtheit abgelehnt.

Walsh (Amt Ettlingen), 28. Aug. Wieder auf freiem Fuß. Der in Untersuchungshaft befindliche Gemüßhändler Georg Reichert, dessen Ehefrau auf bis jetzt noch ungeklärte Weise so rasch aus dem Leben schied, wurde wieder auf freien Fuß gesetzt, da die Untersuchung Belastendes für ihn nicht ergeben hat.

Gewerkschaftliches

Kielerstreik in England

London, 29. Aug. (Eig. Draht.) Der Streikbeschluss der englischen Baumwollweber wurde am Montag durchgeföhrt. Nur in einzelnen Werken wird mit vollständiger oder teilweiser Belegschaft gearbeitet. In diesen Gewerkschaften ist am Sonntag eine Einigung zwischen den streikenden Parteien erzielt worden. Davon abgesehen ist der Arbeiterstreik vollständig. Die Regierung ist bis jetzt passiv geblieben.

Politische Falschmünzer an der Arbeit

Es ist schon lang eine feststehende Tatsache, daß die RSD. und die mit ihr verbundene KPD. vor keinem Verbrechen zurückschrecken, wenn es sich darum handelt, die freie Gewerkschaftsbewegung zu schädigen. Der alte Lenin'sche Grundsatz, den Gegner mit Lüge, List und Verleumdung zu bekämpfen, wird von ihnen heute noch getreulich befolgt. In den letzten Tagen haben Kreaturen der RSD. in den Gemeindefabriken eine Nummer ihres Organs „Kampfbund“ zur Verteilung gebracht, mit dem Ausgabedatum: Mitte Juni 1932. In diesem gegen die Organisation der Gemeindefabrikanten und ihre Führung gerichteten Angriff wird der Lohnabbau behandelt, der in den Monaten Mai und Juni Gegenstand von Verhandlungen zwischen den beiden Tarifkontrahenten war. Nachdem nun auch der Rahmentarif unter dem Titel Reichsmanteltarif einen Neuaufschluß erfahren hat und einige Veränderungen aufweist, wird die Nummer des „Organs“ der RSD. nochmals zur Verteilung gebracht, zu dem ausgesprochenen Zweck, damit unter den Gemeindefabrikanten der Eindruck erweckt wird, als wenn jetzt wiederum eine Lohnkürzung zugestanden worden wäre. Also ein glatter Schwindel!

Auf die an den Verteiler dieses Pamphlets gerichtete Frage, warum er diese Nummer jetzt erst zur Verteilung bringe, antwortete er ganz naiv: „Ich habe sie jetzt erst von Berlin bekommen und kann sie deshalb auch nicht früher verteilen!“ Ein feiner Dreh! Man hat in Berlin in der Zentrale noch Millionen von Exemplaren auf Lager, die man damals, als sie gedruckt wurden, nicht hat an den Mann bringen können. Um von neuem einen Schmutzflügel über die Gewerkschaftsführer und die Gemeindefabrikanten zu werfen, hat man die alten „Dinge“ wieder hervorgeholt und glaubt die Gemeindefabrikanten seien dumm genug, auf diesen aufgelegten Schwindel hereinzufallen. Es muß doch schlecht bestellt sein um die Sache der RSD. und ihrer Drahtzieher, wenn sie zu solchen Mitteln greifen müssen. Die Arbeiterzeitung in Mannheim verfällt in ein hysterisches Gebrüll wegen des Neuaufschlusses des Reichsmanteltarifs. Sie spricht von der Frechheit und dem Verbrechen der Bürokratie. Umgekehrt wird's ein Schuß! Ein Verbrechen wäre es, wenn unsere Unterhändler dumm genug gewesen wären, die Dinge bei den Verhandlungen so weit zu treiben, daß sie geplatzt wären. Was wären die Folgen gewesen? Man hätte den Arbeitgebern die Möglichkeit gegeben, die Schlichtungsstelle anzurufen, um mit Hilfe dieser Schlichtungsstelle ihre Abnahmepläne in vollem Umfang durchzusetzen.

Wären unsere Unterhändler so verfahren, dann allerdings wäre es nicht nur eine Dummheit gewesen, sondern ein Stück bewußten Arbeiterverrats!

So liegen die Dinge, die nicht besehen. Die Drahtzieher dieser Aktion wegen des Reichsmanteltarifs wissen das auch ganz genau. Das hindert sie aber nicht, den gemeinen Verleumdungsfeldzug zu führen. Allerdings sind die Gemeindefabrikanten ja zu aufgeklärt, als daß sie auf den Dreh hereinfallen würden. Die gesamte Arbeiterschaft kann aber aus diesem Schwindelmandor wieder einmal erleben, mit welchen Mitteln die RSD. und die KPD. arbeitet, um die Gewerkschaften zu zerlegen. Und es sei hinzugefügt, daß sie bei dieser Totengräberarbeit gegen die Arbeiterbewegung bei der RSD. willfährige Helfer finden, die mit den gleichen Mitteln der Lüge und des Betrugs arbeiten. Traurig aber wahr! Und diese beiden Parteien bringen noch den Mut auf, sich „Arbeiterparteien“ zu nennen — und mit solchem Gefindel muß man sich herumfalschen!

Kongress des Post- und Telegraphenpersonals

Gen. Luzern, 28. Aug. Der Kongress der Internationale des Personals der Post-, Telegraphen- und Telefonbetriebe wurde in Luzern in Anwesenheit von 87 Delegierten aus 14 Ländern durch den Engländer Bowen eröffnet, der auf die völkerverbindende Gemeinschaft des Postpersonals hinwies. Der Internationale des Postpersonals sind 427 000 Mitglieder aus 26 Ländern angeschlossen. Im Vordergrund der Tagung steht ein Bericht über die Verminderung der Kaufkraft des Post-, Telegraphen- und Telefonpersonals sowie die Beschlüsse der Post-, Telegraphen- und Telefonbetriebe in den verschiedenen Ländern. Von österreichischer Seite liegt eine Entschließung vor über die Stellung des Postpersonals. In der Nachmittags Sitzung wurde der Bericht des Internationalen Sekretärs Dr. Maier-Wien zur Kenntnis genommen. Ramentlich sprach man sich über einen internationalen Beamtenaustausch aus. Das Internationale Arbeitsamt erklärt sich bereit, bei den betr. Regierungen zu intervenieren, wenn zwei Postpersonalorganisationen verschiedener Länder den Wunsch hätten, einen solchen Austausch vorzunehmen. Am Schluß der Versammlung sprach der Engländer Bowen über die verminderte Kaufkraft des Postpersonals in den einzelnen Ländern, seit dem Beginn der Krise. Der Vertreter Deutschlands erklärt, daß dem Lohnabbau in Deutschland ein entwerfender Preisabbau nicht gefolgt sei.

Aus dem Gerichtssaal

Die feindlichen Schwarzfischer

Im. Der 34 Jahre alte erwerbslose Monteur Willi E. stand am 5. Juli am Ufer des Rheins an der Abmündung unterhalb Morsaus und fischte. Ohne Erlaubnis und mit Erfolg. Sein Erfolg erweckte den Neid seines Nachbarn, des 49jährigen Kraftwagenführers Andreas Sch., der ebenfalls ohne Erlaubnis Petri Heil versuchen wollte und gerade neben E. seine Samme ins Wasser setzte. Zwei erkrankte Fischer nebeneinander sind eine Seltenheit, denn die Fische sind nicht so dumm und entleeren in andere Wassergründe. Darüber war der bisher erfolglose E. sehr erost. Ein Wort gab das andere. Es fiel das Wort Dieb, eine Badpfeife flüchtete, eine Hand ergriß einen Stein und hieß ihn E. auf den Kopf; hierauf nahm dieser den Stein und schlug damit seinem Gegner mehrmals auf den Kopf und traktierte ihn außerdem mit Fußtritten. Die Sache muß sehr aufregend ausgesehen haben, denn Schiffsleute riefen einem auf dem Rhein fahrenden Ingenieur zu, er möge nach dem Mündungsfluß der Alb steuern, dort schlügen sich zwei Fischer tot. Der Ingenieur eilte nach dem Tatort und stellte fest, daß beide schwarz fischten und blutige Köpfe hatten. Mehrere einkommend erklärten sie dem Zeugen ihres schwarzen Fisches, daß sie beide in Notwehr gehandelt hätten.

Jetzt stand — vom Schwarzfischen ganz zu schweigen — E. wegen gefährlicher Körperverletzung vor dem Richter. Er will freigesprochen werden.

Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe, der Angeklagte Freisprechung, weil er nur Bergeltung geübt habe.

Das Urteil lautete auf eine Geldstrafe von 20 Mark wegen gefährlicher Körperverletzung.

Die Staatsanwaltschaft behält sich vor, zu unteruchen, inwieweit sich Sch. auch der Körperverletzung schuldig gemacht hat. Weil er mit demselben Stein auf denselben Schwarzfischer auch eingeschlagen hat. Ganz abgesehen von der Bestrafung wegen Schwarzfischen.

Darum: Fische niemals schwarz mit Neid!

Das Schmerzensgeld des Jechprellers

Im. Karlsruhe, 25. Aug. Der wegen Betrugs öfters vorbestrafte Raffeur Konrad St. aus Freiburg kehrte Ende Februar in einem Gasthause in Blankenloch ein, erkrankte sich dem Wirt gegenüber eigenmächtig zum Vertreter des **Wasserkommissars** und fragte nach Quartier, Speise und Branf.

Die russische Ernährungskrise

Das tägliche Brot wird immer knapper

Der fürnische industrielle Aufbau Sowjetrußlands macht planmäßige Erfolge auf der Marakront zu einer Lebensfrage. Die Hoffnungen der Sowjetunion wurden in diesem Jahre noch nicht erfüllt.

Die Ergebnisse der russischen Frühjahrsausaat verdienen größte Aufmerksamkeit: Weil es von ihnen abhängt, ob die 160 Millionen der Sowjetunion genug zu essen haben, weil an ihnen Erfolg und Mißerfolg der Kollektivisierung ablesbar ist und weil der Anfall der russischen Ernte auch den Umfang der russischen Ein- und Ausfuhr bestimmt. Die russischen Landwirtschaften stehen in engem Zusammenhang mit der Weizen- und Roggen-ernte in den Dörfern der Ukraine und Sibiriens.

Die Berichte des Volkskommissariats für Landwirtschaft in der Sowjetunion sind leider immer düstlicher geworden. Es fehlen alle Verhältnisse mit dem Vorjahr, vielfach werden nur absolute Zahlen genannt, dann wieder zur Veranschaulichung, und es kostet ziemlich Mühe, die Entwicklung der russischen Landwirtschaft in den beiden letzten Jahren zu erkennen. Die beiden Jahre sind aber die Jahre, in denen die Kollektivierung zur herrschenden Betriebsform geworden sind. Die folgenden Ziffern geben das Resultat einer Durchsicht der Tagessituationen in den entsprechenden Perioden der Jahre 1930 bis 1932.

Der Plan für die Herbstsaat 1931 wurde nicht erfüllt. Wurden bis zum 1. November 1930 von den bäuerlichen Wirtschaften, Kollektiv- und Einzelwirtschaften 35,4 Millionen Sektar bebaut, so waren es bis zum 1. November 1931 nur 34,1 Millionen Sektar. Die Saatgüter vermochten den Verlust nicht auszugleichen. Die gesamte Saatfläche blieb um mehr als eine halbe Million Sektar hinter jener der Vorjahre zurück.

Die Frühjahrsaatkampagne begann in diesem Jahre bedeutend früher. Die Witterung war ungleich günstiger. Die Gegenden, welche 1931 unter der Dürre gelitten hatten, waren nach den offiziellen Angaben mit Saatgut aus anderen, besser gestellten Gebieten versorgt worden. Die Zahl der landwirtschaftlichen Maschinen hat sich ansehnlich vermehrt. Die chemischen Betriebe liefern mehr Kunstdünger als 1931. Es waren alle Voraussetzungen für einen schnelleren und erfolgreicherem Verlauf der Kampagne gegeben. So schien es, in Wirklichkeit ist das Ergebnis wenig befriedigend. Viererfols ist es schlecht, in manchen Gegenden muß man es sehr schlecht nennen.

Die gesamte Anbaufläche betrug

Millionen Sektar	Prozent der Planerfüllung
1931	1932
1. Juli 97,03	96,68
	97,0
	94,5

Der Plan für 1932 sah eine Anbaufläche von 102 Millionen Sektar vor. Er konnte nicht erreicht werden. Wenn man sich besinnigt, nur die Gesamtziffern der beiden Jahre zu vergleichen, wäre das Ergebnis zwar unbefriedigend, aber doch nicht allzu schlecht.

zu nennen. Anders wird es, wenn man die einzelnen Kultur- und Gebiete betrachtet.

Gerade die Brotkulturen stehen am schlechtesten. Weizen war angebaut (in Millionen Sektar):

15. Juni 1930	23,7
1931	25,0
1932	21,6

In keinem der großen Weizengebiete, Baikalrion (östliches Uralgebiet) ausgenommen, wurde der Stand des Vorjahres erreicht. In Kasakstan (südlich vom Ural) sank die Fläche von 3 auf 2 Millionen Sektar, in Sibirien von 4,6 auf 3,8, im Ural von 2,6 auf 2,1. Besondere Beachtung verdient die Entwicklung in der Ukraine. Hier waren am 15. Juni 1930 mit Weizen bejät 3,3 Millionen Sektar, 1931 noch 2,3, 1932 aber nur noch 1,2 Millionen Sektar.

Der Rüdgenau im Anbau von Getreide wurde nicht aufrechterhalten. Von 7 Millionen Sektar sank die Fläche auf 6,2 im Jahre 1931 und blieb 1932 auf dem gleichen Stand. Die Herbstsaat dagegen ist noch viel weiter zurückgegangen. Sie machte 1930 noch 17,9 Millionen Sektar aus, um sich 1931 auf 16,1 und 1932 gar auf 13,3 Millionen Sektar zu vermindern. Ein Sinken ist auch bei Weizen zu beobachten, wenn gleich kein so starkes: von 3,9 auf 3,8 und 3,6 Millionen Sektar. Mit Hirse waren am 15. Juni 1930 5,1 Millionen Sektar bejät, am 10. Juni 1931 5,5, im Jahre 1932 waren von 1930 bis 1931 von 2 auf 1 Million Sektar zurückgegangen, es fehlen Angaben für dieses Jahr. Die Kartoffelanbaufläche ist ebenfalls kleiner geworden: sie lag von 5,8 im Jahre 1930 auf 5,2 Millionen Sektar im Jahre 1932 zurück.

Die Anbaufläche von Weizen, Getreide, Hafer, Mais, Kartoffeln und Hirse ging in zwei Jahren von 63,3 auf 55,4 Millionen Sektar oder um 12,5 Prozent zurück. In der gleichen Zeit nahm die Bevölkerung um 4,7 Prozent zu.

Es ist, ohne Zweifel, daß keine weiteren Verschlechterungen des Weizens erdulden, mit einer Mittelernie zu rechnen, was bei Ertrag pro Sektar betrifft.

Die Kollektivierung hat demnach die Erwartungen, die in sie gesetzt wurden, bis jetzt noch nicht erfüllt. Die Anbaufläche ist zurückgegangen, die Heftzertränigkeit sinken. Zwar fördert die Kollektivierung fort, aber die Massenbeschäftigungen haben der Wirtschaft so viel Zugkraft gerührt, daß es Jahre dauern muß, bis der Traktor das fehlende Pferd voll ersetzen wird. Die Kollektivierung eines übertragten Teils der Ernte hat den Anreiz zur Erweiterung der Wirtschaft vielfach erötigt. Die Mängel in der Arbeiterorganisation der Kollektivierten, die Schwierigkeit, den russischen Bauer, der bis jetzt seine Wirtschaft nach seinem Gutdünken geführt hat, an Arbeit zu gewöhnen, die Zerstörung des alten gesellschaftlichen Gefüges, ohne daß das neue weitestens in den Grundansätzen vorbereitet gewesen wäre, das alles hat dem Erfolg die unumgänglichen Vorzüge kollektiver Bodenbearbeitung sich nicht noch nicht auswirken konnten.

Er gab sich einen zahlungsfähigen Anschein und ließ den Wein fürstlich annehmend auftragen und die übrigen Gäste bei der Bechere tüchtig mithalten. Solange Stoff im Umlauf war, waren sie keine Freunde. Als es aber um Zahlen ging und der noble Gast kleinlaut wurde, überwand ihre Sympathie für den Wirt, zumal es offenbar wurde, daß der splendide Becher eine Panne im Goldbein hatte. Es entwickelte sich bald eine heftige Schlägerei, von deren Folgen sich St. fünf Wochen im Krankenhaus ausübte. Wegen der Blankenlöcher Zechprellerei wurde er vom Einzelrichter zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Heute stand er wieder vor Gericht, denn er hat es verstanden, aus dem schmerzhaften Dank für die unbesahnte Bechere im Krankenhaus auf seine Art Kapital zu schlagen. Während er im Krankenhaus lag, freundete er sich mit einem 50jährigen Bortier von hier an, dem er vorzunferie, er arbeite bei der Badischen Bauernbank. Er sei in Blankenloch unter die Räuber (!!) gefallen, gegen die er gerichtliche Vorgehen werde. Der Wirt solle bereits in Untersuchungshaft. Er erwarpe ein Schmerzensgeld von 1000 RM. Jedoch benötige er, um das Verfahren durchzuführen, Geld für den Rechtsanwalt und die Staatsanwaltschaft. Dmofst bestant sein sollte, daß die Staatsanwaltschaft alles umsonst macht — der Richter stellte dies ausdrücklich fest —, fiel der Bortier auf den Schindeln herein und ließ seinem unter die Räuber gefallenen und böse zugerichteten Freunde nachscheiden 330 RM., mit denen er, wie er mehrmals betonte, ein neues Leben aufbauen wollte. Mit dem Gelde machte er sich einen schönen Tag. Er begab sich in die Altstadt und setzte den größten Teil in Alkohol um und landete schließlich mit einer Gefährlichkeitsversicherung und defektem Rolandsbein bei seinem Ökonomie. Der Zustand des neuen Lebens war ihm mißlungen. Das Gericht herurteilte St. wegen Betrugs im Rückfall unter Einbeziehung der wegen der Blankenlöcher Zechprellerei gegen ihn ausgesprochenen Gefängnisstrafe von fünf Monaten) zu einer Gesamtstrafe von sechs Monaten Gefängnis.

Die nationalsozialistische Verleumdungsprize

Heidelberg. Vor dem Einzelrichter hatte sich der verantwortliche Redakteur der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“, Hermann Heberle, in einem Verteidigungsprozeß des Wuchdruckers Adolf Krasch zu verantworten. Das Blatt hatte am 15. März einen Artikel veröffentlicht, der dem Kläger in beleidigender Weise den Vorwurf machte, er habe in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bezirksvereins Heidelberg im Verband der Deutschen Wuchdrucker unredtmäßig Geld aus der Kasse dieses Verbandes entnommen. Das Urteil lautete gegen den Angeklagten wegen übler Nachrede auf 100 Mark Geldstrafe, eventuell zehn Tagen Gefängnis und Erlegung sämtlicher Kosten. In der Begründung wurde hervorgehoben, daß Krasch durchaus korrekt gehandelt habe. Der Wahrheitsbeweis sei nicht geführt.

Die Steinbacher Zusammenstöße vor Gericht

D3. Steinbach (Amt Bühl), 29. Aug. Die zweite Strafkammer des Landgerichts Offenburg hat sich heute zu einer mehrstündigen Verhandlung nach Steinbach begeben, wo sich der verheiratete Raffeur Herbert Krug von Baden-Baden und elf Genossen, sämtlich Angehörige der NSDAP, wegen Landfriedensbruchs zu verantworten haben. Es handelt sich um die bekannten Vorgänge vom 10. Juli ds. Js. als das Jung-Zentrum zusammen mit der Badenwacht im „Sirschen“ zu Steinbach eine gefährliche Verleumdung abhielt. Am gleichen Tage war auch in Steinbach ein großer Aufmarsch der SA. und SS. Drei Mitglieder der NSDAP kamen in Uniform in die gefährliche Verleumdung ihrer Gegner und wurden, als sie nicht freiwillig den Saal verlassen, mit Gewalt hinausgedrängt. Hierauf drangen mehrere SA. und SS-Leute, die

zu Hilfe kamen, ein. Es entstand eine Schlägerei, bei der es auch beiden Seiten Verletzte gab.

Die Vernehmung der Angeklagten und der Zeugen am heutigen Tage brachte vielfach Überraschendes gegenüber dem Ergebnis der Voruntersuchung. Die Angeklagten behaupteten, sie hätten nicht gekannt, daß hier eine gefährliche Versammlung stattfand, und hätten nur einige Bekannte heranzurufen wollen, was von den Zeugen bestritten wird. Der Vorsitzende hatte die Verhandlung in Ruhe durchzuführen. Das Publikum nahm zum Teil sehr stark Partei für die Angeklagten, so daß der Vorsitzende der Räumung des Saales drohen mußte. Eine Reihe von Zuschauern wurde von der Sitzung ausgeschlossen. Die Verhandlung dauerte morgen weiter.

Gewinnauszug

5. Klasse 39. Preussisch-Schlesische Staats-Lotterie.

Ohne Gewinn Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne zu setzen, und zwar je einer auf die erste und je einer auf die zweite Abteilung I und II in den beiden Abteilungen I und II

15. Siebzigstog 25. August 1932

On der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 RM. gezogen

6 Gewinne zu 10000 RM. 282402 302238 321201
18 Gewinne zu 5000 RM. 24131 37891 55535 59268 9797 118668
280432 25304

6 Gewinne zu 3000 RM. 71129 257401 287881
66 Gewinne zu 2000 RM. 65728 74117 84717 89224 110806 111118
113613 147849 149533 167121 178497 193373 207781 212283 218682
242337 256417 257368 265617 269070 278808 291784 312332 317884
332149 350742 352231 366568 371678 385328 393207 397194 398844
100 Gewinne zu 1000 RM. 6001 22655 32690 37006 41128 41763
60353 61362 61897 64533 69004 69561 69561 69561 69561 69561
127152 128400 130893 140361 149063 157534 161072 170961 177829
178311 180819 182778 186956 188246 195803 219575 235666 242623
248563 248949 259261 280000 283333 317849 319073 325880 344727
346367 354483 365150 368381 373563 373802 380089
176 Gewinne zu 500 RM. 4571 6869 6922 12900 14728 25860 29888
30272 39929 39723 45355 46709 51312 52418 63852 68907 70352
82318 85472 86468 88942 95132 95757 95994 100004 103750 111860
116260 118330 126459 129695 130832 131877 138860 144205 151818
150842 152326 159254 172022 173938 176813 181375 181853 182118
186515 197738 200443 207869 207890 208762 209189 211281 212329
215849 228331 229358 241199 251875 259703 268339 274876 278117
278110 288545 294589 296553 300937 301812 312311 318389 323136
325420 332338 333034 348204 348808 351560 354879 355753 360478
392748 397027 397303 370435 378122 383673 391673

On der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 RM. gezogen

2 Gewinne zu 75000 RM. 278981
16 Gewinne zu 10000 RM. 49753
2 Gewinne zu 5000 RM. 77059
14 Gewinne zu 3000 RM. 165071 203111 232985 240189 244811
259336 313532

44 Gewinne zu 2000 RM. 26439 40562 74203 77009 120648 131481
16111 173897 187096 196330 206889 216421 226889 240005 257538
292160 344117 348907 349484 363311 371308 384747
118 Gewinne zu 1000 RM. 7119 10592 11296 16110 17844 22463
25758 26039 41939 50076 60308 62204 65741 65176 68292 91304
93878 93993 96424 96267 104463 117949 120195 122551 123449
129229 139198 148225 149890 156378 161151 178310 189910 198449
205723 217992 223396 235747 255785 266332 261784 268889 276071
278774 284247 292802 298051 310458 310938 313678 324544 334156
337937 342645 350470 351393 365919 378448 389064
124 Gewinne zu 500 RM. 1480 2050 3088 10410 11935 26551 31823
36178 39592 42890 61281 65201 63742 67847 67885 70442 72923
78158 89678 93667 94725 109749 129229 130076 167850 167850
185341 186357 178594 177730 198805 206793 230791 257688 245473
270842 273892 276511 276723 282458 288380 300876 305073 306881
337813 368411 312877 313009 317425 322140 327111 331467 336061
376753 343505 346526 361899 370124 374808 377483 395289 397048

Im Gemeinderat verließen: 2 Prämien je zu 500000, 100 Schlußprämien zu je 8000, 2 Gewinne zu je 20000, 2 zu je 10000, 2 zu je 7500, 4 zu je 5000, 16 zu je 2000, 66 zu je 1000, 214 zu je 500, 476 zu je 800, 1844 zu je 200, 3746 zu je 100, 4634 zu je 500, 13922 zu je 400 RM.

Rüftliche Augen werden demnächst in Karlsruhe, Hotel Romant. Ettlinger Straße, durch die Firma F. Ad. Müller Söhne, optisch behandelt, in Anwesenheit der Patienten nach der Natur angefertigt und eingepaßt. (Siehe Anzeiger auf Seite 12!)



Groß-Karlsruhe



Ein Kaufhausprojekt am Karlistor

Beim Karlistor wurde seiner Zeit in schnellstem Tempo ein Geschäftshaus errichtet, in das ein Warenhaus kommen sollte. Eine Gesellschaft „Capitol“ zeichnete als Unternehmen. Bei Tag und Nacht wurde gearbeitet, um das Gebäude so rasch wie möglich seiner Vollendung entgegen zu führen. Das äußerst umfangreiche Haus war fertig — aber leitend m ist es leer. Im Gegensatz zu der Eise, mit der es gebaut wurde, läßt die Vermietung der Räumlichkeiten außerordentlich lange auf sich warten. Verschiedene Gerichte schwirren in der Zwischenzeit in der Stadt herum, welcher Zweckbestimmung endlich dieser so kostspielige Bau übergeben werden sollte. Allerhand Projekte tauchten auf, aber keine wurden bisher verwirklicht. Nun sind gewisse Kreise bemüht, in dem sogenannten Karlistor einen „Palast der guten Spezialgeschäfte“ zu etablieren. Die Räumlichkeiten sollen an verschiedene Spezialgeschäfte vermietet werden, um so ein Warenhaus der Spezialgeschäfte zu errichten. Es fanden in letzter Zeit zwei Versammlungen statt, zu denen die Geschäftsleute vom Einzelhandel eingeladen waren, ohne jedoch ein positives Ergebnis zu erzielen. Der Einberufer, ein Herr Hartmann, soll erklärt haben, daß im Falle eines Scheiterns seines Projektes über kurz oder lang irgend ein anderes Warenhausunternehmen den Karlistor sich dienstbar machen werde.

Man darf wirklich gespannt sein, was aus dem so umfangreichen Komplex noch werden wird. Bis jetzt ist nur ein Postulatum zu registrieren, nämlich daß schon der Bau des Hauses ein Riesengeld verschlungen hat und nicht minder aber auch das Leerstehen des Gebäudes an Zinsen usw. eine schöne Summe Geldes kostet.

Der Schwindel der Nazis mit ihren Sektions-Standlokalen

Wir gaben kürzlich einen schriftlichen Befehl der Nazileitung an ihre SA- und SS- wieder, in dem den „Mannschaften“ die Sektionsstandlokale der SA- und der SS- bekannt gegeben wurden. Wie es sich nun herausstellte, wurde mit diesem Rundschreiben an die SA- und SS- eine Reihe von Lokalen angeführt, die nach den Aussagen der Lokalinhaber keine Sektionsstandlokale der Nazis sind. So schreibt uns Herr Conrad, Inhaber der Restauration zum „Karlsplatz“, daß er sein Lokal immer stets streng neutral führe und sein Nebenzimmer jeder Partei auf Verlangen verberge. Wenn ein Rundschreiben der NSDAP- ergangen und in diesem sein Lokal als Standquartier genannt worden sei, so sei dies ohne sein Wissen geschehen.

Herr Fischer zum „Eichhorn“ in Ruppurr beschwert sich ebenfalls und erklärt, daß er nichts davon wisse, daß sich bei ihm ein Standlokal der SA- und der SS- befinde. Seine Wirtschaft stehe jedermann zur Verfügung.

Wie aus den Erklärungen der vorhin erwähnten Wirte zu ersehen ist, werden von den Nazis einfach gewisse Lokale als Sektionsstandlokale erklärt, ohne die betreffenden Wirte zu fragen oder deren Einverständnis zu haben.

Bemerkten möchten wir noch, daß das Rundschreiben im Original vor uns liegt und an seiner Echtheit nicht zu zweifeln ist. Möglicherweise die Wirte bei den Nazis bedanken, wenn ihre Lokale im Volksmund als Standquartier der SA- und SS- genannt worden sind.

Gewerbsmäßige Fahrraddiebe

Im Verlaufe des Monats August sind in Karlsruhe nicht weniger als 50 Fahrräder gestohlen worden. Die Diebe scheinen es dabei fast ausschließlich nur auf Damenfahrräder abgesehen zu haben. Von den 50 Fahrrädern ist bis jetzt keines wieder aufgetaucht. Wahrscheinlich handelt es sich um gewerbsmäßige Fahrraddiebe, die die Fahrräder nach auswärts verkaufen.

Arbeiterport und freiwilliger Arbeitsdienst

Die Errichtung eines Arbeitslagers beschlossen

Der Stadtschulrat für Arbeiterport und Jugendpflege Karlsruhe hat in einer Versammlung, zu der die Jugend wie auch die älteren Parteigenossen eingeladen waren, am vergangenen Montag zur Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes Stellung genommen. Gen. Jung hielt es für erforderlich, die erwünschte Jugend zunächst einmal mit den Ideen und der Praxis des F.A.D. vertraut zu machen. Deshalb habe er Gen. Stenz als Referenten für die Darstellung und Belehrung über die wesentlichen Grundzüge gewonnen, der sich als Mitarbeiter beim Heimamt für die übertragene Aufgabe bereitwillig zur Verfügung stellte. Gen. Stenz gab in ausgearbeiteten Ausführungen ein klares Bild über das Wesen, die Ziele und den Sinn des F.A.D. Weil er die Vorteile, aber auch die bei Nichtbeachtung der gesetzlichen Bestimmungen eintretenden Nachteile des F.A.D. unter Hinweis auf die uneinheitlichen Auffassungen in unseren und auch in gegnerischen Kreisen schilderte, war es jedem Zuhörer möglich, ein Urteil darüber zu fällen, ob und inwieweit der F.A.D. vom sozialistischen Standpunkt aus, insbesondere aber auch im Zusammenhang mit den Interessen des Arbeiterports abzulehnen oder durchzuführen ist. Es ist kein Zufall, daß das Reichsheim, die SA., die Zentralkommission für Arbeiterport und Jugendpflege und andere auf sozialistischem Boden stehende Organisationen sich grundsätzlich, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, zum F.A.D. bekennen. Die Erkenntnis, daß unsere Nichtbeteiligung an den verschiedensten öffentlichen Einrichtungen uns zum Schaden, den Gegnern aber zum Nutzen gereicht, hat für den F.A.D. ihre besondere Bedeutung, weil der Arbeitsdienst als Maßnahme zur Betreuung der Jugend in diesem oder jenem Sinne aufgefaßt werden kann. Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß wir uns aktiv daran beteiligen und die mit der Errichtung von Arbeitslagern verbundenen Gedanken in unserem Sinne erfassen und beeinflussen müssen. Der Referent stellte die berechnete Frage, ob diejenigen Jugendgenossen, die zum Teil in mehr dramatischer als tatsächlicher Weise ihre prinzipielle Ablehnung zum Ausdruck brachten, lieber vor lauter Grundförmigkeit in Schönheit sterben als praktisch zu unserem Nutzen die Ideen des F.A.D. gestalten und formen wollten.

In der lebhaften Diskussion beteiligten sich die Gen. Dillert und Dr. Weismann. Die Aussprache und die Schlussworte des Referenten und des Leiters der Versammlung erstellten einen erfreulichen Erfolg. Es wurde beschlossen, ein großes Arbeitslager im F.A.D. einzurichten, dort unsere Jugend aus dem Arbeiterport und der SA- unterzubringen mit dem Zweck, die vollständige Neuanlage und die erforderliche Verbesserung, Planung und Herrichtung von bereits schon vorhandenen Sport- und Spielplätzen zur Hebung und Förde-

Schloß Ruppurr und seine Bewohner

Von Eugen Singer

An einer Wirtschaft in Klein-Ruppurr prangt die stolze Aufschrift „Schloß Ruppurr“ und schon mancher Wanderer, der vorbeiging, hat große Augen gemacht und nach dem Schlosse dieses Namens geschaut. Er fand neben der Wirtschaft einen langgestreckten Bau und hinter einer niederen Mauer einige kleinere Gebäude, die einen weiten Hof umgarnen. Nur einer der Bauten, in der östlichen Ecke des Hofes, trägt das Gerüge hohen Alters. Ein Bild vom ehemaligen Schlosse Ruppurr kann der Beschauer aber auf Grund der mehr als spärlichen Reste sich nicht machen. Mit Ausnahme des erwähnten alten Gebäudes wurde nämlich das Schloß Mitte des 18. Jahrhunderts wegen Bauverfalligkeit größtenteils abgetragen bzw. umgebaut. Mit dem gewonnenen Material errichtete man Wohnungen, Scheunen und Stallungen. In den 1840er Jahren war ein Teil des Landgestüts dort untergebracht. Später aber von 1888 bis in die neunziger Jahre diente das Schloß als Kaserne für die 5. und 6. Batterie des Artillerieregiments Nr. 14, bis ein Brand der Reitbahn und der Scheune der noch übriggebliebenen Herrlichkeit und dem letzten Glanze der Schloßreste ein Ende gemacht. Was vom Umbau verblieb, war nur die alte Meierei, die schon in einem Berichte vom Jahre 1574 so genannt wurde.

Zwei Buben von Klein-Ruppurr, die damals den Brand durch Spielen mit Schwefelhölzern verursacht, hätten beinahe ihr Leben dabei lassen müssen. Sie waren unter dem zweiflügeligen Tor, das ein Schloß für die Hüher hatte, in die Scheuer hineingetroffen und konnten, nachdem der Brand ausgebrochen war, nicht mehr schnell genug durch das Loch herauskommen, weil jeder zuerst hinaus wollte. Man mußte das Tor einhauen und die beiden Buben aus der lichterloh brennenden Scheuer herausholen.

Die Abbildungen des alten Schlosse Ruppurr, die da und dort in kleinen ortsgeschichtlichen Werken über Ruppurr angeführt werden, entstanden mehr oder weniger einer erdennenen Vorstellung, wie das Schloß hat sein können. Auch die Darstellungen des Schlosse Ruppurr auf einem Plan aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts und auf einem Schloßplan, betitelt „Campement des Ertelns den 27. August 1690“ dürften nicht in allen Teilen der Wirklichkeit entsprechen, da die Bilder grunderheblich sind. Dem tatsächlichen Aussehen des Schlosse dürfte die Zeichnung auf dem Plan aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts am nächsten kommen. Wir sehen das Schloß als Wasserburg, im Norden einen langgestreckten Wirtschaftsbau, links anschließend (östlich) mehrere kleinere Wohngebäude, wohl kleine Häuherchen, mehr Hütten, im Süden den Herrschaftsbau mit hohen, abgetreppten Giebeln und im Westen eine ziemlich starke Mauer, die die Wirtschaftsbau mit der Herrschaftsbau verbindet. Dahinter liegt der Wirtschaftsbau oder auch Baumgarten genannt. Auf halbem Wege zwischen Schloß und Dorf Ruppurr steht die Kapelle, die 1776 zur Pfarrkirche umgebaut wurde.

Ein Bildnis des Schlosse Ruppurr in der Wirtschaft „Zum grünen Baum“ in Klein-Ruppurr ist wohl jehenswert, entspricht aber ebensowenig wie die anderen Abbildungen der Wirklichkeit. Ich konnte mich im Landesmuseum, noch im Generallandesarchiv ein getreues Abbild des Ruppurrer Schlosse ausfindig machen. Vielleicht besteht sonst wo ein solches. Die Auffindung muß aber dem Zufall überlassen bleiben. Wir dürfen nur nicht der alten Ansicht anheften, daß alles, was ehemals und auch heute noch Schloß genannt wurde, auch diesen Namen verdiente. Ja, vielleicht damals vor 400-500 Jahren, sogar noch vor etwa 300 Jahren mögen diese Bauten im Gegensatz zu den elenden und armenlichen Lehmhütten der leibeigenen Bauern der Junker von Ruppurr als Schloß angestaut worden sein. Im Grunde genommen war es aber nichts anderes als eine Art Gutshaus, dessen Hauptgebäude, das Wohnhaus der Herrschaft, weiter nichts anderes war, als ein größeres steinernes Gebäude, das mit seinen hohen, abgetreppten Giebelmänden weithin zu sehen war. Alles fiel dem Zahn der Zeit zum Opfer und die spärlichen Reste vom ehemaligen Schlosse Ruppurr erzählen die alten Geschichten vom Kommen und Gehen der Geschlechter und vom Wandel der menschlichen Einrichtungen.

Das Schloß war ein ausgeprägtes Wasserloß, also ringsum von Wasser umgeben; weithin von der Alb und auf den andern Seiten von flachen Wassergräben. Archivar Drollinger schildert

eingangs in seinem Gedicht „An mein Vaterland“ (1730) die Burg und das Schloß:

„Hier war ein jümpfig Land, bedekt mit Schiff und Floß,
Der Fröliche Wohnungsplatz, woraus der laute Chor
Sich quackend hören ließ durch manches Sommer Läng.“

Der bekannte und bedeutende Geologe Friedrich Meißel hat in seinem Werke „Die ländlichen Siedlungen Badens“ die Geographie um Karlsruhe und Durlach. Aus einer der Arbeit beiliegenden Karte erkennen wir, wie wasserhaltig und wässrig die nähere und weitere Umgebung des Schlosse Ruppurr in den früheren Jahrhunderten gewesen ist. Es lag mitten im Gebiet des alten Kinzig-Flusses, dessen gewaltiges Bett wir heute noch verfolgen können. Gewaltige unterirdische Wasseradern durchströmen jetzt noch das Ruppurrer Gebiet, so daß sie immer noch zum Teil ganz betrüblich feucht und verlumpft ist. Das mag auch der Grund sein, weshalb dieser Landstrich so östbaumarm ist. Dr. Edwin Meißel hat sich in seinem Werke „Die Medizin am Scheidebogen“ die Einflüsse dieser unterirdischen Wasseradern auf Mensch und Pflanze.

Auf ganz alten Zeichnungen, Entwürfen und Plänen aus dem Jahre 1540, 1694, 1705, 1739 und 1743 und sogar noch 1787 ist das Schloß Ruppurr inmitten von Wasser auf einer Art Insel, wie Scheidebannt, dargestellt.

In welchem Jahr Schloß Ruppurr entstand, ist noch nicht ermittelt worden. Erstmals urkundlich erwähnt wird es im Jahre 1170 als Rietburg. Es hat aber ohne Zweifel viel früher bestanden, denn auch nicht schon als Burg oder Schloß, so doch als ein kleineres Haus, als eine Art großer Bauernhof, dessen Gemarkung es niemals verloren hat, auch dann nicht, als es Schloß des Geschlechtes derer von Ruppurr genannt wurde.

Öftmals wechelt die Schreibweise des Schlosnamens. So Rietburg, 1230 Rieturen, 1260 Rietburg, 1262 Riemur, 1313 Rietburg, 1400 Riepur, 1440 Ruerag, 1663 Rietur, Riepur, Rieburg, bis allmählich Ruppurr daraus wurde.

Wahrscheinlich ist die erste Ansiedlung auf dem Ruppurrer Gebiet in die keltisch-alemannische Zeit zu legen. Ein Beweis für diese Annahme sind die Funde zwischen Ruppurr und dem Durlacher Wald. Wer sich hierüber verlässigen will, lese in der antiquarischen Zeitschrift 1897, Nr. 35 Seite 271. Doch befinden wir uns trotzdem über die Entstehungszeit des Schlosse in geschichtlicher Dunkel, obgleich der Name des Flusses Alb keltischen Ursprungs ist (Alba) und wobei wir Verastlung bedeutet. In der Antike hieß das damalige Rietur ist das Wort Ried — althochdeutsch Ried — und bedeutet ein sumpfiges Wiesengebiet, das auch eine Schiffflöße. In der Endstufe vor- und nach dem Ried oder Ruri = Wohnung, Steinhaus, auch Gehöft.

Der einzige Bau, der vom ursprünglichen Schlosse übrig geblieben ist das schon erwähnte Gebäude, welches im Südosten den Hof abschließt und weit über die andern Baulichkeiten hinwegragt. Den mitunter schon profilierten Architekturflecken aus rotem Sandstein finden wir allerlei Steinmetzzeichen. Sie stammen aus dem ersten Gotikstil. Die Fenster sind zweifach, die Fenstergewölbe sind edig abgehängt und das obere Tragegestirn hat in der Mitte ein dorntartiges Vorprung. Im unteren Stodwerk befindet sich ein noch ein zugemauertes Fenster. An der Stelle kann man die gewaltige Stärke der Mauern feststellen. Im Erdgeschoss befinden sich noch ein hübsches Türchen mit einem Eisdrüben. Interessanter auch das alte Dachgebälk mit seinen starken, eichenen Sparren und Balken. Aber der ganze Bau macht den Eindruck schnell fortgeführten Verfalls. Dies nimmt einen auch nicht Wunder, denn das alte Schloß mußte schon ständig ausgebeißert, ausgemauert und handabgeteert werden. Hierüber gehen die Bauakten im Generallandesarchiv die beste Auskunft. Das mag daher rühren, daß die Junker von Ruppurr selten in ihrem Schlosse sich aufhielten, denn vielmehr im Reich bei allen Festlichkeiten, Turnieren und Spielen teilnahmen, was durch die Geschichte bewiesen werden kann. Allenfalls erscheinen sie in fremden Urkunden, Briefen, Verhandlungen, in Kopial- und Salbüchern, ja sogar in den Seelbüchern der verschiedenen Bistümern. Die Junker von Ruppurr und Reichum öffnet alle Türen und Tore. Nur noch gehend hielten sie sich im Stammschloß auf, das wahrlich nicht nur finstere, dumpfe und feuchte Räume aufwies. (Schluß folgt)

zung des Arbeiterports zu leiten und durchzuführen. Wir bemühen dem Unternehmen im Interesse der Arbeiterportbewegung schon jetzt einen recht guten Erfolg.

Heute abend 6 Uhr Handballspiel

FTK. Süd-ASV. Frankfurt

auf dem Sportplatz der Freien Turnerschaft, Linkenheimer Allee. 5 Uhr Jugend gegen Daxlanden Jgd. Voranzeige: Samstag abend 6 Uhr Pfeddersheim.

Musikdirektor Georg Hofmann 25 Jahre im Dienste des Landes-theaters. Am 1. September sind 25 Jahre verlossen, seit Musikdirektor Georg Hofmann als Chordirektor an das damalige Groß. Hoftheater berufen wurde. Die Leistungen des Jubilars im Dienste des Landestheaters, wie auch seine Erfolge und Verdienste im gesamten Musikleben der Landesbauernstadt rechtfertigen es, dieses Tages zu gedenken. Georg Hofmann, ein geborener Boner, kam nach einer gründlichen und umfassenden Aus- und Vorbildung nach Karlsruhe. Er studierte in München an der Kgl. Akademie der Tonkunst Musik, war Schüler von Rheinberger, Kellermann und Becht. Nach bestandener Prüfung kam er einige Jahre an das Stadttheater Basel als Kapellmeister und Solozelner. Er wechselte nach Karlsruhe über und wurde 1907 nach dem Tode des Musikdirektors Guggenbühler als Chordirektor an das Landes-theater berufen; 1913 wurde ihm der Titel eines Musikdirektors verliehen.

Georg Hofmanns Wirken am Landestheater spielt sich nicht öffentlich ab. Er ist Leiter des Singchors. Aber die hervorragenden Leistungen dieses Chors zeugen von der Arbeit des Leiters, von der Gewissenhaftigkeit und dem Fleiß des Chors. Wenn der Chor weit über Karlsruhe hinaus solch ein Ansehen ge-

nicht, so ist dies vor allem der Wirksamkeit von Musikdirektor Hofmann zu verdanken. Als Kapellmeister war Hofmann nicht nur Leiter, leidet, am Pulse zu legen; aber wenn es geschah, zeigte sich auch hier als meisterlicher Führer des Orchesters, als tüchtiger Dirigent. Als Spezialinstrument beherrschte Musikdirektor Hofmann die Orgel. Als Organist hat er sich einen bedeutenden Namen geschaffen. Und dann vor allem auch als Dirigent in Gesangsvereinen, so des Liedertons Karlsruhe, Kantate, Blasenloch, Frohsinn Bulach, Gewerbetreibere Guggenbühler. Diese Tätigkeit verschaffte ihm einen großen Einfluß im musikalischen und künstlerischen Leben der Stadt. Die Konzerte der Vereine hängen auf vollendet Höhe.

Aus seiner Gesangsreihe ging schon mancher Künstler hervor. Es sind also nicht nur die Theaterfreunde, sondern dem gekürzten Leiter des Singchors herliche Glückwünsche 25jährigen Jubiläum darbringen, darüber hinaus auch bedeuten alle die tauelnde Mitbürger, denen Herr Hofmann mit Vereinskonzerten Stunden hohen, künstlerischen Genusses und des Wertes dieses echten und beherzten Künstlers und Lehren ihm noch viele Jahre weiterer erfolgreicher Tätigkeit Dienste der Musik und der Kunst.

Die Polizei berichtet:

Diebstahl

Gestern wurde die Anzeige erstattet, daß am Hauptplatz gegenüber der Kaserne von bis jetzt noch Unbekanntem ein Postkasten anhängend einer hiesigen Firma im Werte von etwa 800 RM. entwendet worden sei. Der Anhängend hat einen grünen Anstrich und die Aufschrift „Metz und Neule“, Waagen Nr. 4.

Rörperverletzung

In vergangener Nacht entstand in der Kistfeldstraße durch die Durlach eine Streiterei zwischen mehreren Anwohnern. Einer der Beteiligten, der sich in seiner Wohnung bedroht fühlte, gab einen Anruf ab, die durch Schläger verlegt wurden und durch die Bisse in Anspruch genommen wurden.

Aus aller Welt

Schweres Unwetter im Kanton Gené
Gené, 29. August. Am Samstag nachmittag und abend ist über dem Kanton Gené ein schweres Unwetter niedergelassen. In der Umgegend von Verol, das seit Menschenedenken von keinem so heftigen Gewitter heimgesucht worden ist, sind die Reben und Ernten vollständig vernichtet worden. In Saronen erreichten die Hagelkörner die Größe von Hühneriern. Die Verformung mit elektrischem Strom wurde zeitweise unterbrochen. Mancherorts wurden Keller und tiefergelegene Wohnungen unter Wasser gesetzt. Auf den Straßen sind zahlreiche Automobile beschädigt worden und mussten abgeschleppt werden. Mehrere Boote, die sich während der Gewitter auf dem See befanden, gerieten in Not, konnten sich jedoch alle retten. Mehrere Personen wurden vom Blitz erschlagen.

Wirbelsturm über San Juan
Barcelona, 29. August. Ueber der Provinz San Juan ist ein Wirbelsturm niedergelassen, dem ein Menschenleben folgte. Es steht noch nicht fest, ob Menschenleben zu beklagen sind.

Ein „Erneuerer“ Deutschlands
Hannover, 25. Aug. Ein unglaublicher Fall von Kindesmishandlung ereignete sich in Hannover, natürlich ist der Rohling ein Nazi. Weil das Kind, ein 14jähriges Mädchen

vom Zeitungsanstrager (es trägt die Nazi-Zeitung aus) zu spät nach Hause kam, prügelte der Nazi-Edelmensch seine Tochter auf der Straße vor seinem Haus in fast unmenschlicher Weise. Das Kind flüchtete vor den Mißhandlungen auf ein Nachbargrundstück, und versteckte sich dort in einem Raum. Als die Mutter später das verängstigte Kind suchte, machte die Nachbarin sie auf den Aufenthaltsort der Tochter aufmerksam mit der Bitte, den Vater des Kindes nicht herbeizuholen. Das tat die Mutter aber doch. Und es folgte der unmenschliche Vater sein Kind noch einmal und schleppte es, immer auf dieselbe schreiende, in seine Wohnung hinein. Das entsetzliche Schreien des Kindes rief aus der Umgegend hunderte von Menschen herbei. Das Kind flüchtete, als der Vater nicht mit Schlägen aufhörte, in ein Nebenzimmer und sprang hier aus dem Fenster 12 Meter in die Tiefe. Das Kind blieb unten im Hof mit einem Bruch des Unterschenkels und inneren Verletzungen liegen. Es wurde mit einem Sanitätsauto ins Krankenhaus verbracht.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Seute früh lag wieder Nebel über den Niederungen. Im Laufe des Tages wird es unter dem Einfluß des mitteleuropäischen Hochdruckgebietes aufheitern. Eine Veränderung des allgemeinen Wettercharakters ist nicht zu erwarten.

Wetteraussichten für Mittwoch, den 31. August 1932: Fortdauer der bestehenden Witterung.

Wasserstand des Rheins
Boiel 77, Waldsbut 276, Schutterinsel 210, Rehl 285, Razou 484, Mannheim 313, Caub 202 Zentimeter.

Wochenprogramm der S R J

Groß-Karlsruhe
Dienstag: Gruppe 5: Wir beginnen pünktlich um 20 Uhr im Jugendheim mit unserem „lustigen Lieber- und Leseabend“. Gruppe 6: Vortrag von Dr. Landauer über Geschichtsfragheiten in der Zukunft.
Mittwoch: Groß-Karlsruhe: 18 Uhr auf dem freien Turnplatz Sportplatz, anschließend 20.30 Uhr im Waldheim letzte Turnübung und Information für unsern Spieltag in Ettlingen.
Donnerstag: Groß-Karlsruhe: 19 Uhr Turnübung im Volkshaus.
Freitag: Spielmannschor: 20 Uhr Turnübung im Volkshaus.
Samstag und Sonntag: Groß-Karlsruhe: Wir beteiligen uns vollständig am Spieltag in Ettlingen. Alles Nähere am Mittwoch abend im Waldheim.

Dereinsanzeiger
Es ist ein Anzeiger, der die Interessen der Mitglieder der S R J in der Regel für Aufnahme oder anderen Zwecken enthält.

Karlsruhe
Kaffalia. Heute Dienstag ist Singstunde für Wäffe. Vollaßliches Erleben ist dringend notwendig.
T.S. Süd. Heute abend 6 Uhr Handballspiel gegen U.S.B. Frankfurt. 5 Uhr Bad. gegen Daxlanden. Zahlreich. Besuch erwartet. 43/47

DLB
Spare
bei der
Badischen
Landwirtschafts-Bank
(Sauerbank) e. G. m. B. H.
Zentrale: Lauterbergstr. 3
Depositenkasse: Erbprinzenstr. 31

Rekord-Angebot!
Wohnungs-Einrichtung
Schlafzimmer
Speisezimmer
Wohnküche
418.50
Einerlei, ob wir Ihnen hochwertige Möbel anbieten, oder solche in einfacher Ausführung, die Preise sind stets äußerst niedrig. Das beweisen wir wieder mit obigem Angebot. Allerdings bedurfte es einer großen Kraftanstrengung, für wenig mehr als 400,- eine derartige Einrichtung zusammenzustellen. Das Schlafzimmer in schöner Mittel-eichenfarbe besteh. aus 2 Bettstellen, 2 Nachtsch. 1 Waschkommode, mit Spiegeleinsatz, 1 Garderobenschrank, 2 Stühlen, 1 Handtuchhalter. Das Speisezimmer in dunklem Eichen-ton bestehend aus: 1 schönem, modernem Büfett mit Vitrinenaufsatz und Silberkasten, 1 Tisch, 4 Stühlen. Die gut gearbeitete Wohnküche hat 1 sehr geräum. Büfett, einen auszieh. m. Besteckkast., Scheib. mit Gardinen bespannt, 1 Tisch, 2 Stühle, 1 Hocker. Die Zimmer und Küche werden auch einzeln abgeben. Für die Qualität übernehmen wir Garantie. Bitte besichtigen Sie unsere große Möbel-schau der 200 Zimmer und Küchen.
Möbelhaus Marx Kahn
Waldstraße 22 (neben Colosseum)

Unsere Leistungen sind wiederum einzigartig!
Weitere Beispiele:
Weinleiche, echt, 1/2 Liter, 2 Stück
Weinleiche, „Bleikristall“, glatt, 1/2 Liter, 2 Stück
Weinleiche, 1/2 Liter, 2 Stück
Gastgeber, 1/2 Liter, 2 Stück
Bleikristall, mundschl. mit Keil- und Beinschnitt, 1 Stück
Bleikristall, glatt, 1 Stück
1/2 Liter, 2 Stück
1/2 Liter, 2 Stück
1/2 Liter, 2 Stück
68
HERMANN TIETZ
KARLSRUHE

Künstliche Augen
fertigen wir naturgetreu für unsere Patienten
F. Ad. Müller Söhne, Wiesbaden, in Karlsruhe i. B.
Hotel Nowack, Nowack-Anlage 19, Ecke Ettlingerstr., U. S. 7. Sept. 32.

Jetzt billiger Obstkuchen
mit unserm Mehl in Spezialmaschinen gelockert und gesiebt darum **ausgiebiger und backfähiger!**
0 Mehl von 25 auf 23,-
00 Mehl von 27 auf 25,-
Phanko Gold von 29 auf 27,-
Schöne Aepfel:
Jakob Loebel 3 Pfd. 40,-
Kochäpfel 3 Pfd. 35,-
Frisch ausgestochen für Brotaufstrich sowie zu Koch- und Backzwecken „Clever-Stolz“ (Margarine) feinsten Butter-Ersatz 1/2 Pfd. = 40 hoher Nährwert — feiner Geschmack
Pfannkuch
... und unser Rabatt

3-Zimmer-Wohnung
m. Bad, od. 4 Zimmer
Wohnung bevorzugt auf 1. St. 3. mit gef. Preis bis 60 RM. Ang. Nr. 4333 a. d. S. 31/32

Große 2-Zim-Wohnung
(Bordor) Preis bis 35 RM. monatl. b. päntlichen Zahlern zu miet. gef. Angebots Nr. 4332 a. d. S. 31/32

Wohnungsanstalt
Einde 2-Zimmer-Wohnung gegen 3-Zimmer-Wohnung zu tauschen. Bordor wird bevorzugt. Angebote an Kurtarh. Vullstr. 63, IV. 31/32

Kinderloses Ehepaar
sucht 1- oder 2-Zimmer-Wohnung auf 1. Oktober. Scheib. Gartenstr. 10, Stb. 1.

Schöne 3-Zimmer-Wohnung
in Wald. erhöhter Lage auf 1. St. bill. 3. b. dem zu ertrag. Ganganau. Vans-Jacob-Str. 18

Ordnentlicher Arbeiter
findet gute, bill. Schlafstelle. Röh. Vullstr. 7, III r. 2. 15/32

Gebrauchtes Herren-Damenrad
billig zu verkaufen. 8. 15/32. Victoriastraße 18

Öftmals
haben wir in kurzer Zeit unser solides, elegantes
4310
Wohnzimmer
verkauft. Beweis daß es wirklich etwas selten Günstiges ist.
Es besteht aus 1 schweren Büfett m. Nubbaum-Einlagen, Facettenscheiben mit Nubbaum-Walst. lesten, Schieber-Einlage, Silberkasten,erner 1 Tisch und 4 echten Lederstühlen und kostet nur
238.-
Sehen Sie sich diese schöne Einrichtung unverbindlich an.
Möbel-Krämer
Karlsruhe
Kaiserstr. 30 u. 24

Tanzschule Trautmann
15. September Beginn neuer Kurse
Erwerbslose Preisermäßigung
gegenüber Hauptpost. Tel. 3155
Die Übungsabende für ehemalige Schüler finden wieder Sonntags statt.

R. Gattner, Schützenstr. 53
Damen- und Herren-Friseur
empfehlen seinen neu eröffneten **separaten Damen-Salon**
Dauerwellen, Wasserwellen, Ondulieren, Publikopfschneiden usw. bei guter Bedienung und billigster Berechnung.

Büffet mit Kredenz
schöner Tisch 160, Dtl.-Schreibtisch 35, 2 gl. Pantheil, Schere, polst. mod. Stühle mit Kredenz 145, Dlan 45, Bücherschrank 45, Schränke, 2 gleiche Weiten, runde u. einl. 2 Stühle, Spiegel, Ruchstod u. 1-jährige Biege preiswert zu verkaufen. Gustav Lorenz, Rittlingen b. Breiten, Hauptstraße 8. 21/32

Patentröste
von 12 RM. an sowie sämtliche Reparaturen i. eig. Werkstätte. Josef Steinel, Wilhelmstr. 63

Guterhalt. gebrauchte Möbel aller Art
kauft Gutmann, Vullstr. 12, Telet. 66/68

Ettlinger Anzeigen
Der Reberg wird mit Wirkung vom 1. September 1932 geschlossen und sind folgende Jungänge gelipert:
1. Panoramabau und oberer Mittelbergweg beim Wildbühl.
2. unterer Mittelbergweg beim Wasserbehälter.
3. Mittelbergweg beim Papierbühl.
4. die beiden Waldwege zum Panoramabau und oberen Mittelbergweg.
Die geliperten Wege sind mit Schranken und Warnungstafeln versehen. Für die Rebergbesitzer ist das Reberggelände während der Sperre an jedem Wirttag von 6 1/2 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags geöffnet. Kinder und Hilsberuonen haben nur in Begleitung des Rebergbesizers Zutritt. Das Betreten des obereren Reberggebietes ist allen denjenigen unterlagt, welche dafelbst keine Grundstücke besitzen oder solche bereits abgerent haben. Zu widerhandlungen werden nach § 1 der Herbitordnung und § 145 Abs. 2 des V. St. Gef. B bestraft.
Ettlingen, den 25. August 1932.
Gemeinderat. — Der Bürgermeister.

Küchen
von 95.4, Büffets 65.4, Süßig, Krüge 77 hinter Gelsch. Knopf.
Ruchstod u. 1-jährige Biege preiswert zu verkaufen. Gustav Lorenz, Rittlingen b. Breiten, Hauptstraße 8. 21/32

2,3 junge Stenoc
Bienen billig zu vert. Konrad Reizinger, Vullstr. 12, Telet. 66/68

Stadtgarten
Mittwoch, 31. August
von 16-18 1/2 Uhr
Streichkonzert
Willharmisches Orchester.
Kapellm. Franz Dolezel
Verbilligte Eintrittsp.

30 Leuten, schäff-
maschinen, Schab-maschinen, Lederwalze abzugeben
Stadt, Herrenstr. 6

Ischias, Gicht- u. Rheumatismus-
kranken
teile ich gern gegen 15. Vio. Küdpoto sonst kostenfrei mit, wie ich vor Jahren von meinem ichweren Ischias- u. Rheuma-leiden in ganz kurzer Zeit befreit wurde.
Ettling, Rantener-dücher, Frankfurter-Edler 124, Jüden-straße 6.

Badisches
Landestheater
Sommer-
Operette
im
Städt. Konzerthaus
Dienstag, 30. Aug.
Die Gards-
fürstin
Operette von Leo Stein und Bela Jenbach
Musik von Emmerich Kallman.
Dirigent: Stern.
Regie: Reisinger.
Mitwirkende: Schürer, Krager, Ederl, Körf, Schöthalter, Wacher, Gauer, Kratoch, Wehner
Anfang 20 Uhr
Ende 23 Uhr
Preise 1.00—3.00
Mi. 31. 8. Der Graf von Luxemburg.
Do. 1. 9. Die Glucksdiebin. Fr. 2. 9. Die Geisha. Sa. 3. 9. Die Daburth. So. 4. 9. Die Daburth.

Zurück
Frauenarzt Dr. Kunz
Kriegsstraße 67

Von der Reise zurück
Dr. Rich. Behrens
Kinderarzt
Leopoldstr. 2
Telefon 1506

Zurück
Dr. med. A. Braun
Homöopath. Arzt
Leopoldstr. 49
Fernspr. 2907

Von der Reise zurück
Dr. Adolf Heinsheimer
Zahnarzt
KAISERSTRASSE 189

Zurück
Karl Bender
staatl. gepr. Dentist
Telefon 1666
Kaiserstr. 63

Gaggenauer Anzeigen
Brüder der Marmirene betr. Zum Zweck der Brüder wird jeden ersten des Monats die Generalversammlung in Funktion geleitet. Die Durchführung erfolgt somit am Donnerstag, den 1. September 1932 mittags um 12 Uhr.
Schweinejähling betr. Am Donnerstag, den 1. September 1932 findet Schweinejähling statt.
Brennholzbersteigerung Die Stadtgemeinde Gaggenau bersteigert am Mittwoch, den 31. d. Mts., nachm. um 2 Uhr 30 Minuten im Stadtbrennholz, sowie 1 2/3 Schlagraum im Gemeinwald rechts der Burg. Zusammenkunft am neuen Friedhof, Gaggenau, den 29. August 1932.
Der Bürgermeister
Schmeider.
Der Monatsabschluss wegen. Heißt die Stadtkasse am Mittwoch, den 31. August 1932 schließen.
Gaggenau, den 27. August 1932.
Stadtkasse:
Wolter

Arbeiter! Werbt für euere Zeitung!

In jede Familie den Volksfreund